GESELLSCHAFT
RECYCLING
UMWELTPOLITIK
KLIMAPOLITIK
HANDELSPOLITIK
FINANZPOLITIK
REACH UND ARBEITSSCHUTZ
METALS MEET POLITICS
KONJUNKTUR UND STATISTIK

15.16

Der Geschäftsbericht
der Nichteisen-Metallindustrie

GESELLSCHAFT
Deutschland macht Pause
Seite 04

RECYCLING
Metalle verbinden Jahrtausende miteinander
Seite 08

KLIMAPOLITIK
Die Grenzen der Klimadiplomatie
Seite 14

WVMETALLE

Energieeffizienz
Arbeitsschutz
Mittelstand
EIP Raw Materials
ROHS / ELV
UPV Gesetz
VO abschaltbare Lasten
STS BREF
Explorationsförderprogramm
Blei-Einstufung
Novellierung FFH Richtlinie
NEC-Richtlinie
Änderungen BImSchG
Verdunstungskühlanlagen
Registrierung
Abwasserverordnung
BBodenSchVO
CoRAP
Datenschutz
FörderRL klimaschonende NE-Metalle
Novelle 13. BImSchV
Umweltpolitik S. 08, 14, 26
Beihilfeverfahren Netzentgeltbefreiung
Energie- und Umweltbeihilfen
Grundstoffindustrie
Freihandelsabkommen
Clean Air for Europe
MCP Richtlinie
TRGS krebserzeugende Metalle
Lastmanagement
Carbon Leakage
Grundwasserverordnung
Energiepolitik S. 14
Beihilferahmen
Trinkwasserrichtlinie
Energieeffizienzrichtlinie
Blei, Kupfer, Zink
Promotion Biomet Tool
Einstufung von Metallspänen als gefährlicher Abfall
Arbeitsplatzgrenzwerte
Refit Natura 200
Energiesteuergesetz
UVP-Richtlinie
Steuerpolitik S. 22
31. BImSchV
EU-Arbeitsschutz-Gesetzgebung
Grundwasserrichtlinie
BVT-Merkblatt NE-Metalle
Ersatzbaustoff-Verordnung
Stromsteuergesetz
Forschung und Entwicklung
Hermes Bürgschaft
Risikokonzept krebserzeugende Stoffe
Jahr des Bodens
NFM BREF
Antragsunterlagen
Finanzpolitik S. 22
Dodd-Frank-Act
Prioritäre Stoffe
GIRL
Runder Tisch „nachhaltiges Bauen“
TA Luft
Novelle WHG
AWSV
Biodiversität
Gewerbeabfallverordnung
Circular Economy
Zulassungsverfahren
EU-Raw-Materials-Strategy
Industriepolitik
Klimapolitik S. 14
Abfallverzeichnisverordnung
Handelspolitische Schutzinstrumente
Vollzugsempfehlungen Formaldehyd
Netzentgelte
Oberflächengewässerverordnung
Europäische Chemikalienpolitik
Finanztransaktionssteuer
Rohstoffpartnerschaften
UmweltrechtsbehelfsG
Regulation
EEG
StromNEV
IED Umsetzung
REACH
kritische Rohstoffe
Konfliktrohstoffe
Kartellrecht
Critical Loads
European Market Infrastructur
Rohstoffpolitik S. 08, 18
Rohstoffstrategie der Bundesregierung
Wertschöpfungskette
Emissionshandel
Autonome Zollaussetzungen
Klimaschutzmonitoring
Niedrigzinspolitik
Umsatzsteuer bei Umarbeitungsgeschäften
Pensionsrückstellungen
Allgemeine Präferenzabkommen
Gefahrstoffverordnung
Klagerechte Umweltverbände
RMO-Analysen
Konsortien
(MiFiD II)
Ressourceneffizienz
EU-Bodenrahmenrichtlinie
StörfallVO
Handelspolitik S. 18
Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage
Zulieferindustrie
VerpackungsVO/Wertstoffgesetz
FörderRL Kompensation indirekter CO_2 Kosten
Marktwirtschaftsstatus China
Handels- und Wettbewerbsverzerrungen
Markets in Financial Instruments

Deutschland macht Pause

4–7 In wichtigen Feldern ist Deutschland immer häufiger nur Mittelmaß. Was fehlt, sind strategisch sinnvolle Richtungs- und Investitionsentscheidungen.

08 **Metalle verbinden Jahrtausende miteinander**
Rainer Buchholz

14 **Die Grenzen der Klimadiplomatie**
Sarah Bäumchen

18 **Abseits ist, wenn der Schiedsrichter pfeift**
Sebastian Schiweck

22 **Risiko Regulierung**
Monika Setzermann und Rolf Kuby

26 **Prophylaxe mit Nebenwirkungen**
Dorothea A. Steiger und Dr. Martin Wieske

30 **Für einen digitalen Kulturwandel**
Martin Brüning

32 **Konjunktur und Statistik**
Oliver Eisenberg

50 **Die WVMetalle**
Das Team für die Nichteisen-Metallindustrie

52 **Mitgliedsunternehmen**
Die Nichteisen-Metallindustrie

EIGENTLICH GANZ GEMÜTLICH HIER

Deutschland macht Pause

Franziska Erdle
Hauptgeschäftsführerin der WVMetalle

Harald Kroener
Präsident der WVMetalle

Das Land braucht keine neue Reformwelle, sondern strategisch sinnvolle Richtungs- und Investitionsentscheidungen für die Zukunft.

Im vergangenen Jahr starb Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt. Seine Haltung und seine Gedanken werden uns noch über Jahrzehnte begleiten. So auch seine Anmerkungen zur Bedeutung des wirtschaftlichen Wachstums. In seinem Buch „Außer Dienst“ verwies er dabei auf die Verantwortung der Politik. „Zwar wird in der Demokratie wegen der Hoffnung, wiedergewählt zu werden, zumeist nur auf höchstens vier Jahre im Voraus regiert. Aber die Anpassung unserer sozialen und ökonomischen Strukturen lässt sich nur über längere Zeiträume bewältigen. Deshalb müssen wir von unseren politischen Führungspersonen eine langfristige Orientierung verlangen“, schrieb Schmidt.

In wichtigen Feldern ist Deutschland immer häufiger nur Mittelmaß.

Nun befindet sich Deutschland derzeit nicht in einer wirtschaftlichen Krise. Aber in wichtigen Feldern sind wir immer häufiger nur Mittelmaß und bei so mancher politischen Entscheidung der vergangenen Jahre stellt sich die Frage nach der langfristigen Orientierung.

„Wir müssen von unseren politischen Führungspersonen eine langfristige Orientierung verlangen."

Alt-Bundeskanzler Helmut Schmidt in seinem Buch „Außer Dienst"

Deutschland im Mittelfeld

Die marode Brücke ist inzwischen zum Sinnbild deutscher Verkehrsinfrastruktur geworden. Das ist in der Realität zwar etwas übertrieben, wenn man bedenkt, dass es insgesamt vermutlich rund 120.000 Brücken in Deutschland gibt. Dennoch bescheinigten Verkehrswissenschaftler der Universität Münster den deutschen Straßen in einer Studie nur Durchschnittswerte. Bei der quantitativen Ausstattung mit Straßeninfrastruktur bewege sich Deutschland im Mittelfeld. Der Rat der Wissenschaftler an die Politik lautet: Langfristige politische Strategien bringen mehr als projektbezogene Einzelfallentscheidungen.

Bereits vor knapp drei Jahren bemängelte der Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, in der ZEIT, dass Deutschland und seine Wirtschaft von der Substanz lebten. „Baut Straßen!", lautete die Überschrift des Artikels. Er kritisierte eine massive Investitionsschwäche. Kaum ein anderes Industrieland investiere so wenig. Drei Jahre nach diesem Artikel wäre die Überschrift „Saniert Straßen!" immer noch zumindest ein guter Anfang.

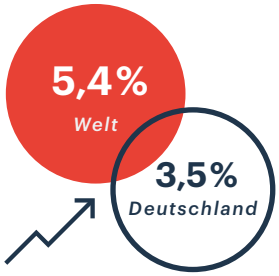
Eine Dauerbaustelle bleibt das deutsche Bildungssystem. Auch wenn in den vergangenen Jahren vieles besser wurde und die Zahl der Abiturienten und Studenten weiter steigt, so gilt auch heute noch ein Fünftel der Schulabgänger als nicht ausbildungsreif. In Zeiten eines zunehmenden Fachkräftemangels kann sich dies eine Volkswirtschaft nicht leisten. Und in einem Bundesländervergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln sowie der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft gab es ausgerechnet beim Thema Integration Punktabzüge.

Zu wenig Tempo im Netz

Auch in punkto Digitalisierung hat Deutschland Nachholbedarf. „Deutschland bei schnellem Internet EU-weit nur Mittelmaß", titelte stern online und berief sich dabei auf Zahlen des Statistischen Bundesamtes. Demnach hat hierzulande nur knapp jedes dritte Unternehmen mit mindestens zehn Beschäftigten einen schnellen Internetzugang. Der IT-Dienstleister Akamai verglich weltweit die durchschnittliche Netzgeschwindigkeit aller Haushalte. Das Ergebnis: Deutschland lag weit abgeschlagen hinter Ländern wie Südkorea, Japan und Schweden.

Wachstum des weltweiten realen Bruttoinlandprodukts

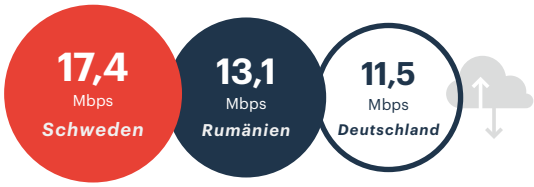
gegenüber dem Vorjahr



Quelle: Statista 2015

Durchschnittliche Verbindungsgeschwindigkeit

in Mbps



Quelle: Akamai – The State of the Internet 2015

„Mittelmäßigkeit kann übertrieben werden“

Allein die drei Felder Infrastruktur, Bildung und Digitalisierung vermitteln den Eindruck: Deutschland macht Pause. Vorbei die Zeiten, in denen mit Agenda 2010 und der Rente mit 67 Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum und die aktuell erfolgreiche Phase gelegt wurden. In zu vielen Feldern versinkt das Land im Mittelmaß.

Nun muss Mittelmäßigkeit nicht immer die schlechteste Variante sein – in der Schule, wir erinnern uns, hat ja auch oft genug eine 3 genügt. Dennoch: Für die künftige Entwicklung Deutschlands gilt natürlich ebenso das Zitat des Schweizer Journalisten Walter Ludin: „Auch Mittelmäßigkeit kann übertrieben werden.“

Eine langfristige Planung und kluge Investitionen sind die Voraussetzung für den Wohlstand der kommenden Jahre und Jahrzehnte. Ein Wachstum der Wirtschaft geht immer mit einer Steigerung der Verkehrsleistung einher. Investitionen in Straße und Schiene sind daher mehr als nötig. Und in der Bildungspolitik ist eine bundesweite Offensive, unter anderem für eine gute Integration der vielen Flüchtlingskinder, unerlässlich. Die Qualität unserer Schulen und Hochschulen ist ein entscheidender Faktor für künftigen Wohlstand.

Schnelle Internetanschlüsse sind inzwischen ein wichtiger Standortfaktor für die Unternehmen. Deshalb ist es nicht akzeptabel, dass ganze Gewerbegebiete beim Breitbandausbau schlicht vergessen werden. Zugleich machen Studien deutlich, dass eine Erhöhung der Breitbanddurchdringung um 10 Prozent einen Anstieg des Pro-Kopf-Einkommens von 0,9 bis 1,5 Prozent zur Folge hat. Es braucht also dringend den flächendeckenden Netzausbau.

Abseits der Herausforderungen Deutschlands sorgen auch wieder eingeführte Grenzkontrollen im europäischen Binnenland, die nicht gelöste, aber fast verdrängte Situation in Griechenland und die Abstimmung der Briten über einen Verbleib in der EU für den Eindruck, dass auch Europa Pause macht. Die Abstimmung kommt ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, an dem Solidarität und Kooperation wichtiger als je zuvor wären. Der aktuelle Stillstand darf nicht zur Regel, die europäische Pause muss beendet werden.

Es ist es nicht akzeptabel, dass ganze Gewerbegebiete beim Breitbandausbau schlicht vergessen werden.

Die Politik leidet nicht unter Geldmangel

Für Deutschland gilt: Es scheitert nicht am Geld. In dem Buch „Zeit zum Aufstehen. Agenda Deutschland – Was sich ändern muss“ schreibt der damalige Herausgeber der ZEIT, Michael Naumann, im Jahr 2002: „Wir haben viel zu lange ausgegeben, was wir nicht hatten.“ Heute, 14 Jahre später, müsste man konstatieren: Wir hatten es, aber haben es viel zu lange falsch ausgegeben. Allein durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz wurden im vergangenen Jahr 35 Milliarden Euro mittels Steuern und Umlagen umverteilt. Und auch darüber hinaus gibt der Bund Milliarden aus, deren volkswirtschaftlicher Nutzen eher zweifelhaft ist. Die Politik leidet nicht unter Geldmangel. Es ist eine Frage der Verteilung der finanziellen Mittel.

Deutschland ist derzeit nicht wie einst der „kranke Mann Europas“. Und auch der damals in der Krise beschriebene „Abstieg eines Superstars“

ist heute nicht vorauszusehen. Aber es ist ebenso kein deutsches Naturgesetz, aus der nächsten Krise erneut gestärkt hervorzugehen.

Die Industrie wird weiterhin der Schlüssel für Wohlstand, Wachstum und Innovationen in Deutschland sein.

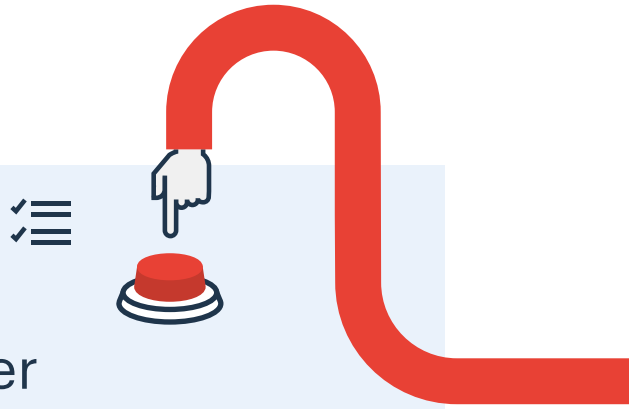
Der französische Ökonom Claude-Frédéric Bastiat unterschied 1850 in seinem Text „Was man sieht und was man nicht sieht" in Kosten und Opportunitätskosten einer staatlichen Ausgabe. Er schrieb über den Unterschied zwischen einem schlechten und einem guten Ökonomen: „Der eine klebt an der sichtbaren Wirkung, der andere berücksichtigt sowohl die Wirkung, die man sieht, als auch diejenige, die man vorhersehen muss." Es ist sicher, dass die Entscheidung der Großen Koalition zur Rente mit 63 als Bastiat-Beispiel für die kurz- und langfristige Wirkung einer Reform heute Eingang in das Werk finden würde.

Industrie als Schlüssel für Wachstum

Wir brauchen keine neuerliche „Reformwelle", wie sie in Deutschland im Abstand von 15 bis 20 Jahren üblich ist. Doch statt Reformen vergangener Jahre einzukassieren wie in der Rentenpolitik, benötigen wir sinnvolle politische Richtungsentscheidungen, die das Land auf den richtigen Pfad für die kommenden Jahre und Jahrzehnte führen. Dazu gehören auch ein sinnvoller Kompromiss zwischen Klimaschutz und künftigen Wachstumschancen sowie der Abbau von Handels- und Investitionsbarrieren im transatlantischen Markt durch das TTIP-Abkommen.

Die Politik weiß, worauf es jetzt ankommt. Das Land brauche „zusätzliche Investitionen in seine Zukunftsfähigkeit", schreiben Union und SPD im Bundestag in einem Beschluss. Und auch das Bündnis „Zukunft der Industrie" von Verbänden, Gewerkschaften und Bundeswirtschaftsministerium ist ein richtiges Signal. Die Industrie wird weiterhin der Schlüssel für Wohlstand, Wachstum und Innovationen in Deutschland sein.

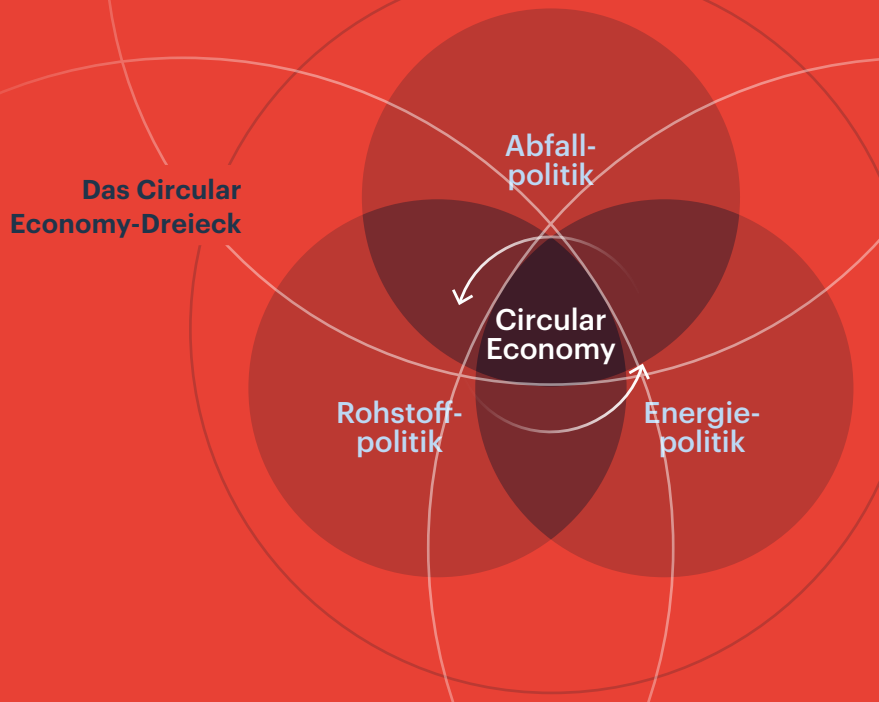
Die deutsche Pause sollte vorbei sein.



„Statt Reformen vergangener Jahre einzukassieren, benötigen wir sinnvolle politische Richtungsentscheidungen, die das Land auf den richtigen Pfad führen."

MEHR RECYCLING FÜR EINEN NACHHALTIGEN GENERATIONENVERTRAG

Metalle verbinden Jahrtausende miteinander



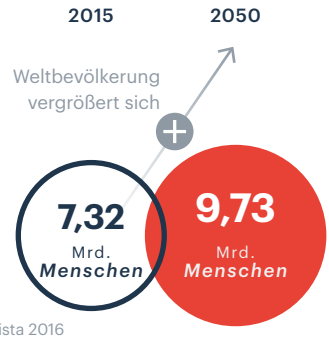
Das Circular Economy-Dreieck

Die Circular Economy steht 2016 im politischen Fokus. Und auch die Unternehmensinitiative Metalle pro Klima stellt das Thema Recycling in diesem Jahr in den Mittelpunkt.

„Die Welt wächst täglich um eine Stadt wie Rostock, Mainz oder Erfurt.“

Anstieg der Weltbevölkerung

Prognose



Quelle: Statista 2016

2016 wird das Jahr der Circular Economy! Zumindest wenn es nach der EU-Kommission geht. Im zweiten Anlauf versucht sie, ein umfassendes Aktionspaket zur Förderung der Circular Economy zu verabschieden. Parallel dazu soll das europäische Abfallrecht umfassend geändert werden. Die statistischen Dienste der EU-Kommission haben berechnet, dass Circular Economy ein unglaubliches Wachstumspotenzial von 600 Milliarden Euro für die europäische Wirtschaft bergen könnte. Die Themen Energie- und Ressourceneffizienz werden nicht allein deshalb in den kommenden Jahrzehnten noch wichtiger werden, als sie es heute bereits sind.

Circular Economy könnte ein Wachstumspotenzial von 600 Milliarden Euro für die europäische Wirtschaft bergen.

Schätzungen zufolge könnte sich die weltweite Ressourceninanspruchnahme bis zum Jahr 2050 verdreifachen. Dann werden auf unserem Planeten voraussichtlich neun Milliarden Menschen leben. Das sind jeden Tag 200.000 zusätzliche Menschen – die Welt wächst also täglich um eine Stadt wie Rostock, wie Mainz oder wie Erfurt. Das macht auch deutlich, was dies in Sachen Ressourcen bedeutet: Die Menschen brauchen nachhaltig Nahrung, Wasser und Energie. Aber sie benötigen auch Metalle für ihre Mobilität, für ihre Häuser, für die Infrastruktur und für die immer wichtigere Kommunikation. Auch für Aufgaben wie die Energiewende wird es nicht ohne Metalle gehen. Allein in großen Offshore-Windkraftanlagen in Nord- und Ostsee werden bis zu 30 Tonnen Kupfer pro Windrad eingesetzt.

Bürokratie droht Recycling zu erschweren

Gibt es so viele Metalle überhaupt? Aus langfristigen Daten der Deutschen Rohstoffagentur (DERA) geht hervor, dass die geologischen Vorräte in einem marktgesteuerten dynamischen System, das auf Angebot und Nachfrage reagiert, seit Jahrzehnten konstant bleiben. Die Reichweiten für Metalle sind in langen Zeitreihen stabil. Bei allem, was wir heute wissen, wird eine knappe Rohstoffbasis einem weiteren globalen Wachstum voraussichtlich nicht entgegenstehen.

Dies steht aber unter der Voraussetzung einer konsistenten und widerspruchsfreien Rohstoffpolitik, damit sich die Marktkräfte entfalten können. Dabei geht es um Rohstoffverfügbarkeit und stabile Preise. Aber auch darum, durch Rohstoffpolitik die Circular Economy bei Metallen nicht zu behindern.

8 Mio.

Tonnen CO_2 werden nach Berechnungen der WVMetalle durch das Recycling von NE-Metallen eingespart.

Nach den aktuellen Plänen der EU-Kommission könnte es sein, dass die Importeure zukünftig nachweisen müssen, dass ihre Rohstoffe (Tantal, Wolfram, Zinn und Gold) konfliktfrei sind und woher ihre Primärrohstoffe stammen. Sekundärrohstoffe sollen nicht unter die Verordnung fallen. Jedoch müssen die Importeure in „vernünftiger Weise nachvollziehbar nachweisen", dass die Ressourcen ausschließlich aus recycelten Materialien oder Schrott gewonnen wurden. Das ist nicht sinnvoll, da ein derartiger bürokratischer Nachweis das Recycling massiv erschweren würde.

Auch eine nachhaltige Rohstoffpolitik muss ihren Beitrag zur Circular Economy leisten und darauf achten, das Recycling zu verbessern und nicht zu behindern.

In der Circular Economy reicht der Blick auf die Abfallpolitik nicht aus

Wenn überhaupt, dann entsteht ein durch globales Wachstum bedingter Rohstoffengpass weniger aufgrund knapper metallischer Rohstoffe (Erze) als aufgrund teurer Energie zum Aufschmelzen derselben. Neben der Rohstoffpolitik und der Abfallpolitik bildet daher auch die Energiepolitik eine determinierende Säule einer funktionierenden Circular Economy. Allein die eher abfallpolitischen Instrumente ins Auge zu fassen, ohne das Recycling in der Rohstoff- und der Energiepolitk ebenfalls zu fördern, wie es die EU-Kommission derzeit macht, greift zu kurz.

„Energierucksack" wird immer leichter

Insgesamt wird ein Mehr an Recycling nötig sein, um den global stetig steigenden Bedarf an Ressourcen nachhaltig zu decken. Ohne Recycling geht es nicht. Metalle haben einen entscheidenden Vorteil gegenüber vielen anderen Werkstoffen. Metalle werden GE-braucht, nicht VER-braucht. Sie kommen als permanente Materialien erneuerbaren Rohstoffen beziehungsweise Mehrweg-Werkstoffen sehr nahe. Metalle lassen sich mit verhältnismäßig geringem Aufwand immer wieder zu neuen Werkstoffen umwandeln – und das ohne Qualitätsverlust.

Von der EU-Kommission geplante Nachweispflichten zu Konfliktrohstoffen könnten die Circular Economy ausbremsen.

Das liegt daran, dass die metallische Bindung nach dem Einschmelzen erhalten bleibt. Dadurch bewahren Metalle selbst nach mehrfachem Recycling ihre ursprünglichen Eigenschaften und können immer wieder für die gleiche Anwendung eingesetzt werden. Das unterscheidet sie von den meisten nichtmetallischen Werkstoffen: Ihre Leistungsfähigkeit wird durch das Recycling nicht beeinträchtigt.

Schätzungen zufolge werden 80 Prozent des jemals erzeugten Kupfers heute noch genutzt. Bei Aluminium sind es vermutlich 75 Prozent. Da Kupfer leicht zu verarbeiten ist, wurde es bereits von den ältesten bekannten Kulturen vor etwa 10.000 Jahren verwendet. Kupfer, Gold, Silber und Zinn waren die ersten Metalle, welche die Menschheit für ihre Entwicklung brauchte, und sind es bis heute geblieben. Die Zeit seines weiträumigen Gebrauchs vom 5. Jahrtausend vor Christus bis zum 3. Jahrtausend vor Christus wird je nach Region sogar Kupferzeit genannt.

Wir müssen uns damit immer wieder bewusst machen: Kupfer, das wir heute im Auto oder in Elektrogeräten als Kabel verwenden, kann schon vor Tausenden von Jahren produziert worden sein und unzählige Recyclingkreisläufe hinter sich haben. Metalle verbinden über das Recycling Jahrtausende miteinander.

Woher kommt die Kreislaufstärke von Metallen?

Im Fall Aluminium spart Recycling bis zu 95 Prozent der für die Ersterzeugung aufgewendeten Energie.

Einmal investierte und gespeicherte Energie-Ressourcen gehen nicht mehr verloren. Sie bleiben beim Recycling erhalten. In Zeiten intensiver Diskussionen über Speichermöglichkeiten für Energie gilt: Metalle sind sehr effektive Ressourcen- und Energiespeicher. Ist die Hürde der zugegebenermaßen energieintensiven Erstherstellung einmal erfolgt, braucht es viel weniger Energie, um das Recycling in Gang zu halten. Im Fall Aluminium spart Recycling bis zu 95 Prozent der für die Ersterzeugung aufgewendeten Energie. Bei anderen NE-Metallen ist dies ähnlich. Der Effekt ist umso größer, je öfter Metalle in den Kreislauf zurückkommen. Der viel kritisierte schwere „Energierucksack" von Metallen wird mit der Zeit also immer leichter.

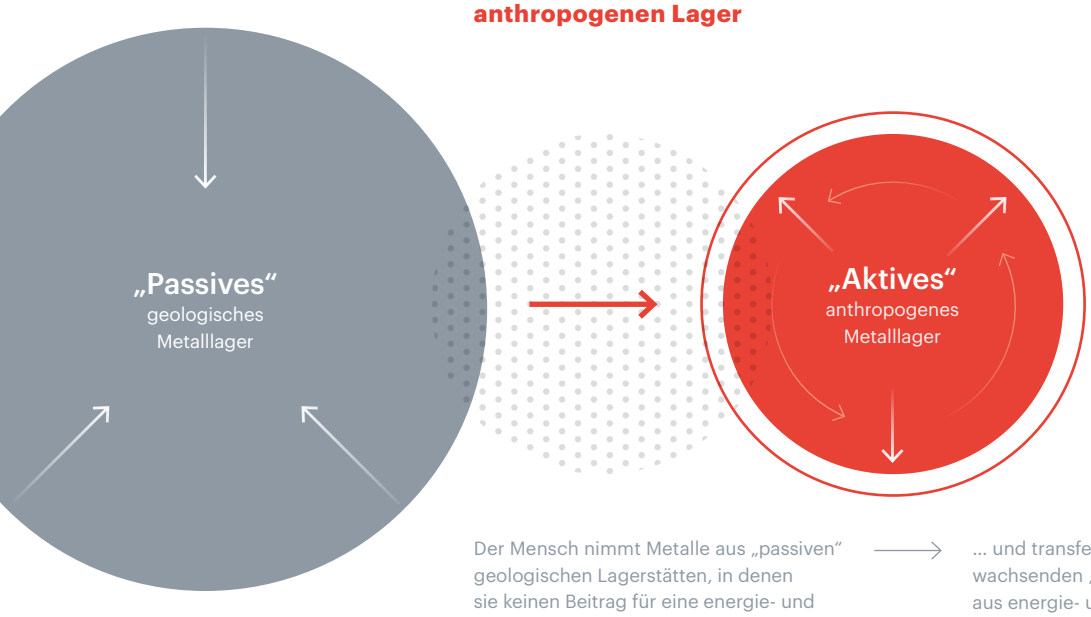
Recycling ist sowohl ökologisch als auch ökonomisch rentabel. Durch das gesamte Recycling von Nichteisen-Metallen in Deutschland werden jedes Jahr nach Berechnungen der WVMetalle rund 8 Millionen Tonnen CO_2 eingespart. Das Recycling von NE-Metallen reduziert den nationalen CO_2-Ausstoß jedes Jahr insgesamt um rund 1 Prozent.

Metalle stehen für einen Inter-Generationenvertrag

Recycling allein wird aber für die Versorgung nicht ausreichen. Die Nachfrage nach Metallen nimmt zu. Und für das Recycling steht ja nur die Menge an Recyclingmaterial zur Verfügung, die vor zum Teil vielen Jahren in der Infrastruktur oder in Gütern verwendet wurde. Die Mengen, die uns fehlen, werden wir auf absehbare Zeit weiter durch Primärmaterial ersetzen müssen. Das ist aber schadlos.

„Kupfer, das wir heute im Auto oder in Elektrogeräten als Kabel verwenden, kann schon vor Tausenden von Jahren produziert worden sein und bereits unzählige Recyclingkreisläufe hinter sich haben."

Transfer vom geologischen zum anthropogenen Lager



Der Mensch nimmt Metalle aus „passiven“ geologischen Lagerstätten, in denen sie keinen Beitrag für eine energie- und ressourceneffiziente Gesellschaft leisten, ... → ... und transferiert sie in einen global stetig wachsenden „aktiven“ Metallpool, der aus energie- und ressourceneffizienten Produkten und der Infrastruktur besteht.

Denn Metalle, die heute in die Nutzung gehen, sind in Bauwerken, der Infrastruktur oder in Investitions- und Gebrauchsgütern nur vorübergehend gespeichert und gehen nicht verloren. Früher waren geologische Lagerstätten die Speicher, heute sind es die in der Technosphäre investierten Metalle. Im sogenannten „anthropogenen“ Lager liegen riesige Potenziale.

Das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) hat das für Metalle in seinem „International Panel for Sustainable Resource Management“ genau nachgerechnet. In entwickelten Staaten beläuft sich das Aluminiumlager pro Kopf auf bis zu 500 Kilogramm, das Kupferlager auf bis zu 300 Kilogramm, das Zinklager auf bis zu 200 Kilogramm und das Lager für Eisen und Stahl sogar auf bis zu 1,4 Tonnen. Stünde uns dieses Metall heute auf einmal zur Verfügung, entspräche dies dem 35-fachen der heutigen Aluminiumproduktion, bei Zink und Blei sogar dem 51-fachen. Hier sind also gigantische Mengen an Metallen zwischengelagert.

Auch der vom Umweltministerium vorgelegte Entwurf für das überarbeitete nationale Ressourceneffizienzprogramm (ProgRess II) bestätigt die Bedeutung des „anthropogenen“ Lagers ausdrücklich. Allein in einem halben Jahrhundert (von 1960 bis 2010) haben sich in Deutschland schätzungsweise bis zu 42 Milliarden Tonnen Material im „anthropogenen“ Lager angesammelt, davon entfallen rund 1,2 Milliarden Tonnen auf Metalle (NE und FE).

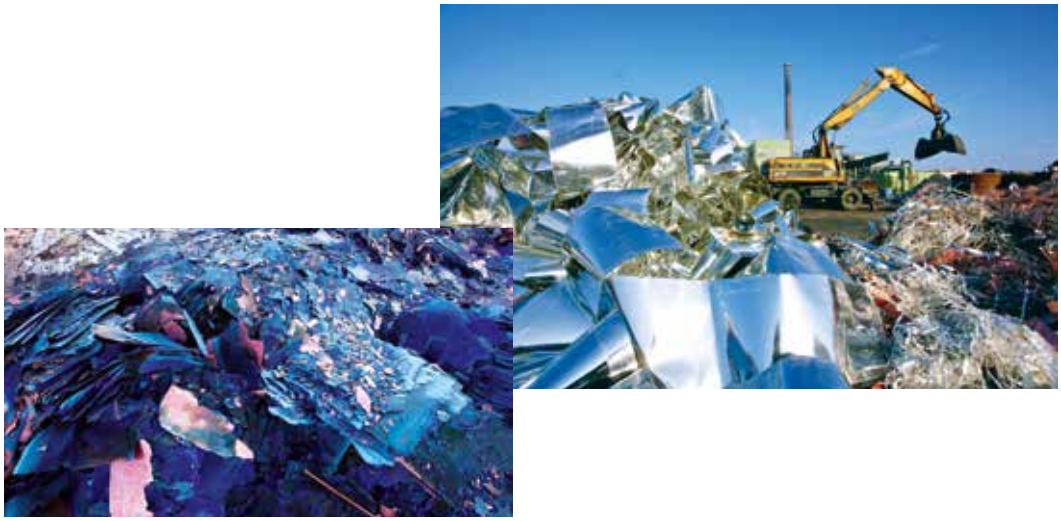
Der Mensch ahmt im Grunde genommen die Natur nach, indem er wie sie ein Metalllager aufbaut. Er entnimmt Metalle aus „passiven“ geologischen Lagerstätten, in denen sie keinen Beitrag für energie- und ressourceneffiziente Produkte liefern, und transferiert sie in einen global stetig wachsenden Metallpool, der aus „aktiven“ Produkten oder der Infrastruktur besteht. Unsere Kinder und Enkel können aus diesem Lager immer wieder Metalle für ihre Bedürfnisse entnehmen – und dies mit weit geringerem Aufwand als die Vorgängergenerationen, die diese Metalle mühsam aus Erzen extrahieren mussten. Metalle stehen daher für einen Inter-Generationenvertrag: Sie sind kein Raub, sondern eine Investition für kommende Generationen.

Der Mensch ahmt im Grunde genommen nur die Natur nach, indem er wie sie ein Metalllager aufbaut.

Potenziale bei Kleinstmetallen

Doch auch beim Recycling gibt es Grenzen. Technologiemetalle sind unbestritten wichtig für Hightech-Anwendungen und die Umwelttechnologie. Ihr Einsatz erfolgt aber oft in sehr geringen Konzentrationen oder in komplexen Stoffgemischen als „Kleinst- oder Gewürzmetalle“. Aufgrund ihrer Feinverteilung ist daher eine Aufkonzentration wichtig, damit sich ihr Recycling ökonomisch lohnt.

Die derzeit durchgeführten umfangreichen Studien zum Abbau von Informationsdefiziten, wo sich Technologiemetalle in Geräten verstecken, sind



Beim Thema Recycling ist Deutschland in Europa Vorreiter des europäischen Abfallrechts. Recycling ist zugleich eine Kernkompetenz der NE-Metallindustrie.

daher wichtig, um relevante Mengen in Produkten zu identifizieren und zu ausbringbaren Mengen zu akkumulieren (Pooling). Weitere Recyclingpotenziale sind durchaus noch vorhanden. Viele Mitgliedsunternehmen der WVMetalle sind hier bereits Innovationstreiber.

„Design for Recycling“

Wenn wir die vorhandenen Recyclingpotenziale ausschöpfen wollen, bedarf es auch der Unterstützung der Umweltpolitik im Rahmen des Circular Economy-Pakets. Der Dialog zwischen Produktherstellern und Recyclingunternehmen muss intensiviert werden, damit die Produkte von heute tatsächlich die Rohstoffquellen von morgen sind. Vorgaben zum „Design for Recycling“ in der Normung oder politische Anreize sind ebenfalls sinnvoll. Die hohen Erfassungs- und Recyclingquoten für Metalle in der Abfallpolitik müssen erhalten bleiben und können – sofern technisch und ökonomisch zuträglich – sogar noch erhöht werden.

Die Forschung zum Recycling von Technologiemetallen muss weiter intensiv gefördert werden. Ein wichtiges Thema ist und bleibt die Eindämmung illegaler Abfallexporte in Länder mit im Vergleich zur EU geringeren Umweltschutz- und Sozialstandards. Hier könnte eine globale Zertifizierung von Recyclinganlagen für das entsprechende „Level Playing Field“ sorgen.

Beim Thema Recycling ist Deutschland seit rund zwei Jahrzehnten in Europa Vorreiter und gilt als wichtiger Wegbereiter des europäischen Abfallrechts. Recycling ist zugleich eine Kernkompetenz der Nichteisen-Metallindustrie. Nicht ohne Grund stellt die Unternehmensinitiative Metalle pro Klima in diesem Jahr die Recycling-Erfolge der NE-Metallindustrie in den Mittelpunkt ihrer Aktivitäten.

Informationen zu unserem Recyclingjahr 2016 finden Sie auf der Website der Initiative Metalle pro Klima:

http://goo.gl/SCe5L1

Autor

Rainer Buchholz ist Referent für Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz der WVMetalle. Sie erreichen ihn unter buchholz@wvmetalle.de

DER WEITE WEG ZUM GLOBALEN KLIMASCHUTZ

Die Grenzen der Klimadiplomatie

Das Zwei-Grad-Ziel steht auf dem Papier. Ein diplomatischer Coup. Aber erst jetzt wird sich das Engagement der einzelnen Staaten beweisen.

Dieser Tag wird in die Geschichte eingehen. (...) Das Klimaabkommen von Paris ist ein monumentaler Erfolg für unseren Planeten und seine Bewohner", verkündete der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Ban Ki-moon, unter tosendem Applaus anlässlich der Verabschiedung des Klimaschutzabkommens von Paris. Und tatsächlich handelt es sich bei dem Abkommen um einen politischen Meilenstein: Auf der 21. UN-Klimakonferenz haben alle 195 Mitgliedstaaten einem gemeinsamen Klimaschutzabkommen zugestimmt, das ab 2020 das Kyoto-Protokoll ablösen soll. Was aber passiert, wenn dieses Paradebeispiel der Klimadiplomatie im Rahmen der Umsetzung in den einzelnen Staaten an seine Grenzen gerät?

Ein Blick auf die Herausforderungen der aktuell anstehenden Reform des europäischen Emissionshandels und den in Deutschland diskutierten „Klimaschutzplan 2050" macht deutlich, dass bis zu einem global effektiven Klimaschutz noch ein weiter Weg vor uns liegt.

Paradigmenwechsel in der internationalen Klimapolitik

Ziel des Paris-Abkommens ist es, die globale Erwärmung auf deutlich unter 2 C° zu begrenzen. Dieses sogenannte Zwei-Grad-Ziel ist nicht neu. Dennoch handelt es sich bei dem Paris-Abkommen um einen Paradigmenwechsel in der Klimapolitik. Im Unterschied zu Kyoto sollen nun nicht mehr nur die Industrieländer ihre Emissionen senken, sondern alle Staaten ihren Beitrag leisten. Erstmals haben nun also auch Entwicklungs- und Schwellenländer, wie die führenden Emittenten China und Indien, individuelle CO_2-Reduktionsziele eingereicht. Dabei bleibt es den Staaten jedoch selbst überlassen, über das Ambitionsniveau ihrer Zusagen zu entscheiden: Flexibles Bottom Up anstelle von starrem Top Down.

Erstmals haben nun auch Entwicklungs- und Schwellenländer individuelle CO_2-Reduktionsziele eingereicht.

Ein diplomatischer Ansatz, der es ermöglicht hat, alle Teilnehmer um einen Tisch zu versammeln. Kein kleiner Schritt, wenn man sich vor Augen hält,

5 Mio.

Tonnen CO_2 werden durch den Import von Aluminium, Kupfer und Zink pro Jahr in das nicht-europäische Ausland verschoben.

Niemand weiß, ob die Mitgliedstaaten ihre CO_2-Reduktionsziele tatsächlich umsetzen werden.

dass unter dem Kyoto-Protokoll mittlerweile nur noch 15 Prozent der globalen Emissionen erfasst sind. Doch zu welchem Preis? Der vielfach beschworene monumentale Erfolg von Paris steht auf wackeligen Beinen: Niemand weiß, ob die Mitgliedstaaten ihre CO_2-Reduktionsziele tatsächlich umsetzen werden. Ein Sanktionsmechanismus ist bislang nicht vorgesehen. Auch die Verhältnismäßigkeit der einzelnen Ziele bleibt völlig offen. Selbst die Ratifizierung des Abkommens steht noch aus. Das Zwei-Grad-Ziel auf dem Papier bleibt in der Realität noch in weiter Ferne.

Vorbild EU-Emissionshandel?

Die Europäische Union nimmt mit ihrem Beitrag zur Minderung der weltweiten CO_2-Emissionen eine Vorreiterrolle ein. Während die globalen Emissionen von 1990 bis 2013 um mehr als 56 Prozent gestiegen sind, hat die EU es als einzige Region geschafft, den CO_2-Ausstoß deutlich zu verringern.

Mit dem Emissionshandel ist es der EU gelungen, ein Instrument zu schaffen, das nach den Gesetzen der Marktwirtschaft die Minderung von Emissionen zu möglichst niedrigen Vermeidungskosten garantiert. Dreh- und Angelpunkt ist dabei die politisch festgelegte Obergrenze an Emissionen, die jährlich ausgestoßen werden darf. Damit ist eine zielgenaue Minderung von Emissionen, unabhängig von der Höhe des CO_2-Preises, möglich. Grundsätzlich hat der Emissionshandel dadurch das Potenzial, zum internationalen Vorbild zu werden, wenn es darum geht Wirtschaftlichkeit und Klimaschutz miteinander zu vereinen. Doch dieses Gleichgewicht zu halten, ist ein politischer Balanceakt. Nationale Alleingänge, wie sie derzeit im Rahmen des „Klimaschutzplan 2050" in Deutschland diskutiert werden, sind deshalb besonders besorgniserregend.

Vorschläge wie ein staatliches Verbot der Kohleverstromung oder die Einführung einer CO_2-Steuer in Deutschland unterwandern die Effektivität und die Effizienz unseres gemeinsamen europäischen Leitinstruments, des Emissionshandels, und verpuffen in ihrer Wirkung für den globalen Klimaschutz.

Jobs und Investitionen bedroht

Schon jetzt droht die Gefahr, dass der EU-Emissionshandel seine Vorbildfunktion immer stärker einbüßt. Denn durch politisch immer höher gesetzte Klimaschutzziele und eine künstliche Verknappung der Menge an CO_2-Zertifikaten entfernt sich die EU weiter vom Ambitionsniveau anderer Länder. Im schlimmsten Fall führt dies dazu, dass die Einsparung von CO_2 in Europa lediglich durch eine

Verlagerung der Emissionen in kostengünstigere Regionen erreicht wird. Für den internationalen Klimaschutz ist das eine schlechte Nachricht. Denn die Produkte der Grundstoffindustrie werden auch weiterhin in Europa dringend benötigt, im Ausland jedoch häufig unter deutlich niedrigeren Umweltstandards hergestellt.

Darüber hinaus leidet die europäische Wirtschaft unter einer solchen Verschiebung der Produktion. Das bedroht nicht nur Arbeitsplätze, sondern auch Investitionen in Forschung und Entwicklung. Deswegen sind im EU-Emissionshandel Schutzmechanismen angelegt, die einen solchen Carbon Leakage-Effekt verhindern sollen.

Carbon Leakage ist längst Realität

Grundsätzlich gilt, dass Carbon Leakage jedoch nur dann umfänglich verhindert werden kann, wenn die besten Anlagen gefährdeter Branchen vollständig von den direkten und indirekten Emissionshandelskosten befreit werden und ihren internationalen Wettbewerbern gleich gestellt sind. In der Realität führt die Ausgestaltung der aktuellen Emissionshandelsrichtlinie jedoch dazu, dass selbst den Branchenbesten nur ein stetig sinkender Anteil ihrer Emissionskosten kompensiert wird. Wie hoch die Verlagerungseffekte bereits sind, zeigt eine aktuelle Studie von ewi Energy Research and Scenarios im Auftrag der WMetalle.

Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass durch den Import von Aluminium, Kupfer und Zink fast fünf Millionen Tonnen CO_2 pro Jahr in das nicht-europäische Ausland verschoben werden. Im Vergleich dazu beträgt die Menge der CO_2-Emissionen der Nichteisen-Metallindustrie in Deutschland rund 10 Millionen Tonnen. Carbon Leakage ist also kein Schreckgespenst der Zukunft, sondern längst ein Teil unserer Realität.

Mit der anstehenden Reform des EU-Emissionshandels für die Zeit nach 2020 hat die Politik nun die Möglichkeit, diese massive Fehlentwicklung zu korrigieren. Ziel muss es sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der technisch besten Anlagen in Europa zu gewährleisten. Hohe Emissionshandelskosten dürfen für Betreiber von Anlagen mit der effizientesten Technik am Markt keinen

Die zehn größten CO_2-emittierenden Länder nach Anteilen an den weltweiten CO_2-Emissionen 2015

ANTEILE IN PROZENT

Quelle: *Statista 2016*

„Wenn Europas CO_2-Minderungsbeitrag einen nachhaltigen Effekt für den Klimaschutz bringen soll, darf er nicht zu Lasten höherer Emissionen im Ausland gehen."

Nachteil bedeuten. Nur dann können sie zum Maßstab für andere Unternehmen werden und einen wirksamen Anreiz zur CO_2-Vermeidung schaffen.

Zudem muss sichergestellt werden, dass sich besonders betroffene Branchen grundsätzlich für Entlastungen qualifizieren. Dies sollte für jene gelten, die wie die börsengehandelten NE-Metalle nachweislich keine Möglichkeiten haben, die Kosten des Emissionshandels auf ihre Produkte zu wälzen.

Ziel muss es sein, die internationale Wettbewerbsfähigkeit der technisch besten Anlagen in Europa zu gewährleisten.

Riskante Vorschläge der Europäischen Union

Der aktuelle Änderungsvorschlag der EU-Kommission zur Verbesserung des Carbon Leakage Schutzes zielt jedoch nicht weit genug. Die besten Anlagen werden voraussichtlich auch in Zukunft noch stärker durch den Emissionshandel belastet.

Grund dafür ist unter anderem der Vorschlag, die kostenfreie Zuteilung von Zertifikaten unabhängig von dem erbrachten Nachweis für ein Carbon Leakage-Risiko zu deckeln. Im Bereich der indirekten Kosten, die im Strompreis enthalten sind und die energieintensive NE-Metallbranche besonders hart treffen, ist grundsätzlich nur eine Teilkompensation vorgesehen. Darüber hinaus sollen die Benchmark-Werte, die den Maßstab für das Minderungspotenzial der einzelnen Branchen darstellen, scherenschnittartig verschärft werden.

Das sind drei Vorschläge, die das Risiko für die Verlagerung von Emissionen weiter erhöhen, anstatt ihm einen wirkungsvollen Schutzmechanismus entgegen zu stellen.

Carbon-Leakage-Schutz verbessern

Wenn Europas CO_2-Minderungsbeitrag einen nachhaltigen Effekt für den Klimaschutz bringen soll, darf er nicht zu Lasten höherer Emissionen im Ausland gehen. Ambitionierte, individuelle CO_2-Reduktionsziele der Mitgliedstaaten bilden die Basis für das Paris-Abkommen. Entscheidend für den Klimaschutz ist aber, was am Ende dabei herauskommt, wenn die verschiedenen Beträge addiert werden. Wenn die EU also auch weiterhin ihrer Vorbildrolle für einen globalen und effektiven Klimaschutz gerecht werden will, muss die Politik die Mängel im Rahmen des Carbon Leakage-Schutzes dringend beheben. Noch ist es nicht zu spät dafür.

Autorin

Sarah Bäumchen ist bis Juni 2016 Referentin für Energie- und Klimapolitik der WVMetalle. Sie erreichen sie unter baeumchen@wvmetalle.de

15.700

Arbeitsplätze in der Aluminiumindustrie wären durch einen Wegfall von Anti-Dumping-Verfahren gefährdet.

MARKTWIRTSCHAFTSSTATUS FÜR CHINA

Abseits ist, wenn der Schiedsrichter pfeift

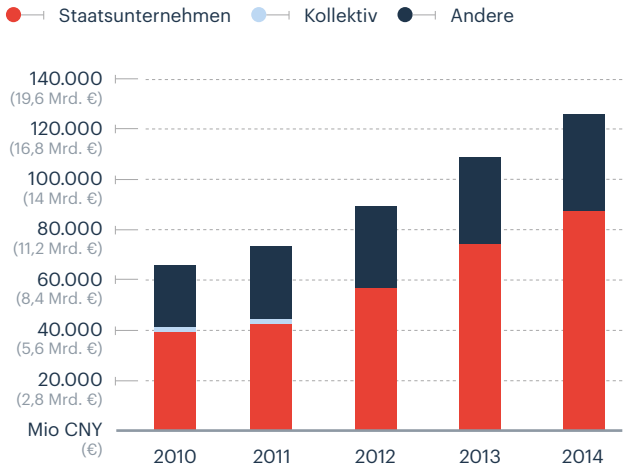
Bekommt China in diesem Jahr den Marktwirtschaftsstatus, stellt sich die Europäische Union selbst ein Bein. Denn China nimmt es schon jetzt mit dem Fairplay nicht ganz so genau.

Alles hat seine Regeln, das gilt auch für den Welthandel. Würde man die Wirtschafts- und Handelspolitik mit einem Spielsystem vergleichen, so wäre die Taktik Europas ein Mix zwischen Ordoliberalismus und sozialer Marktwirtschaft. Der Kontinent hält sich an das Diktat der reinen Ordnungspolitik, betreibt aber auch Sozialpolitik. Gleichzeitig greifen die meisten europäischen Staaten in den Markt ein, wenn unter anderem eine Korrektur der Marktergebnisse vonnöten ist, wie bei der Umweltprämie in Deutschland.

In einem Fußballspiel würde sozusagen der Trainer mit einer Einwechselung neue Impulse erzeugen. Und wie in einem Fußballspiel kann es natürlich nicht unbegrenzte Eingriffe ins Spiel geben. Zu viele staatliche Interventionen verursachen dasselbe Problem wie zu viele Einwechslungen: Sie zerstören das Spiel. Im Gegensatz zu den europäischen Staaten verfolgt die Volksrepublik China einen strengen Dirigismus. Sie subventioniert exportorientierte Unternehmen direkt oder erteilt Lizenzen für den Export bestimmter Rohstoffe. Zugleich werden die Inlandspreise für die Energieproduktion staatlich unterstützt.

Zusätzliche Vorteile für die chinesische Wirtschaft entstehen durch niedrigere Umweltauflagen und eine weniger genaue Überprüfung bei der Umsetzung dieser Auflagen. Überdies manipuliert China die Versorgung und Preisfindung bei Rohstoffen, Landnutzung oder der Gewährung von Krediten. Die Folgen des Dirigismus sind unter anderem signifikante Verzerrungen bei den Produktionskosten und Wettbewerbsnachteile – zum Beispiel für die deutsche NE-Metallindustrie. In China spielt der Trainer selbst als zwölfter Mann.

In China sind die Subventionen an staatliche Unternehmen seit 2010 stark gestiegen



Quelle: THINK!DESK Research & Consulting

China ist keine Marktwirtschaft

Seit dem 11. Dezember 2001 ist China offizielles Mitglied der Welthandelsorganisation (WTO). Die Weltgemeinschaft kam damals zu dem Entschluss, dass China der Marktwirtschaftsstatus noch nicht zuerkannt werden sollte. Gleichzeitig wurde aber im Aufnahmeprotokoll festgelegt, dass sich dieser Status 15 Jahre später mit Ablauf des 11. Dezembers 2016 ändern könnte. Zu einer Zwischenprüfung kam es im Jahr 2008. China bat die Europäische Union darum, eine Untersuchung zum Market Economy Status (MES) einzuleiten. Die EU kam damals zum selben Ergebnis wie 7 Jahre zuvor: China erfüllte die EU-Kriterien (siehe Infokasten) nicht. Im Jahr 2015 hat sich daran nichts geändert, meint ein Großteil der deutschen Industrie.

Die Subventionen haben sich in den vergangenen fünf Jahren sogar mehr als verdoppelt.

Vor allem die Subventionen, die chinesische Unternehmen in den vergangenen Jahren bezogen haben, zeigen, dass China keine Marktwirtschaft ist. Sie haben sich in den vergangenen fünf Jahren sogar mehr als verdoppelt.

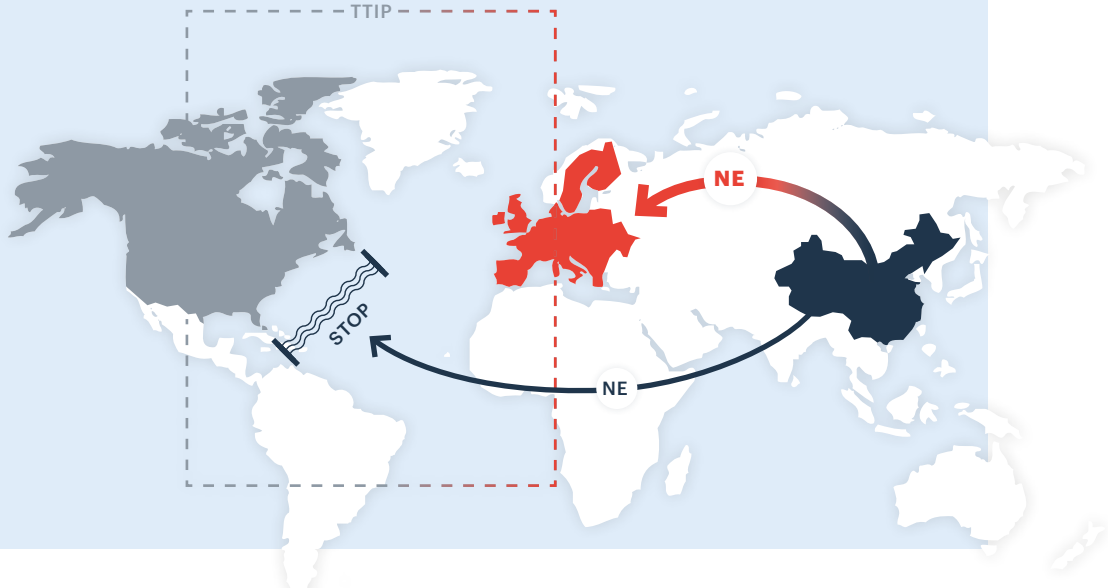
Export-Kehrtwende Richtung Europa

Der 12. Mann im Spiel nutzt Chinas Wirtschaft derzeit überhaupt nicht. Und auch für eine Vergabe des MES ist er derzeit kontraproduktiv. Chinas Wirtschaftsleistung wuchs im Jahr 2015 zwar um 6,9 Prozent – nach europäischen Maßstäben ein wahres Wirtschaftswunder. Für China bedeutet das allerdings den schlechtesten Wert seit 15 Jahren.

Auch für Europas Industrie hat diese Entwicklung dramatische Auswirkungen – denn China zieht bei vollem Tempo die Handbremse und dreht das Lenkrad dabei Richtung Europa. Die Folge: Ein Export-U-Turn mit qualmenden Reifen. China hat immense Kapazitäten in den vergangenen Jahren aufgebaut, die nun für die inländische Nachfrage nicht mehr benötigt werden. Als Konsequenz exportiert China die Überkapazitäten im NE-Metallbereich unter anderem nach Europa.

Hintergrund dieser „Exportoffensive“ ist ein massiver Eingriff in die Zollpolitik. China gewährt unter anderem Exportsteuerrabatte auf unterschiedliche Kupferprodukte in Höhe von 9 Prozent und auf Kupferfolie in Höhe von 17 Prozent. Zudem erstattet China 30 Prozent der Importsteuer auf Kupferschrotte. Auch bei Aluminium gibt es eine Kehrtwende: Im ersten Jahrzehnt des neuen Jahrtausends hatte China eine Steuer auf den Aluminiumexport in Höhe von bis zu 30 Prozent implementiert. Ziel dabei war, das Primäraluminium vorwiegend für die Weiterverarbeitung im Inland

Umleitungsströme von NE-Metallen auf den europäischen Markt



Staaten wie die USA und Kanada wollen China den MES nicht verleihen, dadurch drohen massive Umleitungseffekte auf den europäischen Markt, auch aufgrund der immensen Überkapazitäten in China.

Hintergrund

5

EU-Kriterien zur Anerkennung des MES

- Privatisierungsverfahren dürfen nicht staatlich verzerrt sein
- Kein Regulierungseinfluss auf Unternehmen
- Diskriminierungsfreies Gesellschaftsrecht
- Wirksames Insolvenzrecht und Verfahren zum Schutz geistigen Eigentums
- Unabhängiger Finanzsektor

zu nutzen. Nun schrumpft aber die Nachfrage nach diesem Rohstoff und China muss reagieren. Daher sollen dem Vernehmen nach die Exportsteuern auf Aluminiumprodukte sukzessive abgebaut werden. Teilweise wurden die Importe aus China auch fälschlicherweise als Halbfertigprodukte deklariert, um auf diese Weise die chinesischen Exportrestriktionen für Primäraluminium zu umgehen und von den dortigen Steuerrabatten für Halbfertigprodukte zu profitieren. Die Intention hinter diesen Vorgehensweisen ist klar: Der Weltmarkt soll mit günstigen Produkten überschwemmt werden.

Die Auswirkungen dieser Wirtschaftspolitik spürt die deutsche NE-Metallindustrie schon heute. Der Import von Aluminiumhalbzeug hat von Januar bis September 2015 im Vergleich zum Vorjahr um 130 Prozent zugenommen. Die Einfuhren aus China sind in ganz Europa um 20 Prozent gestiegen. Und der Import von Wolframerzeugnissen aus China hat sich seit 2013 mehr als verdoppelt. Auch bei anderen Rohstoffen ist eine Zunahme der Importe vorstellbar.

Antidumping-Verfahren als Torlinientechnik

Die Anerkennung des MES würde die Abwehrmöglichkeiten der EU gegen unfaire Importe aus China massiv schwächen. Unter anderem ginge die Grundlage für viele Antidumping-Verfahren zum Teil verloren. Deutsche Firmen würden in diesem Fall nur noch einen sehr eingeschränkten Schutz vor subventionierten chinesischen Produkten genießen, da als Referenz die chinesischen Preise herangezogen würden. Antisubventionsverfahren

stellen keine Alternative dar, weil es hierbei eine Beweislastumkehr gibt. Europäische Firmen müssten Subventionszahlungen an chinesische Firmen nachweisen.

Staaten wie die USA oder Kanada haben bereits angekündigt, China den MES nicht zu verleihen. Sollte die EU gleichzeitig den Status an China verleihen, andere Staaten aber nicht, drohen negative Umleitungseffekte zu Lasten der europäischen Industrie.

300.000 Arbeitsplätze gefährdet

Faire Regeln sind die Grundlage eines jeden Spiels. Und Abseits ist, wenn der Schiedsrichter pfeift. Mit der Anerkennung des MES würde sich die Europäische Union aber selbst der Fähigkeit berauben, Regelverstöße zu erkennen und ahnden zu können – zum Beispiel mit Hilfe der Anti-Dumping-Verfahren. Die Nichteisen-Metallindustrie spricht sich deshalb dafür aus, den MES noch nicht an China zu verleihen, um ein level-playing-field für alle Marktakteure sicher zu stellen.

Eine ganzheitliche Folgenabschätzung der Europäischen Kommission ist die Grundlage dafür, alle ökonomischen Effekte der Entscheidung mit einbeziehen zu können. Bei einem „Impact Assessment“ muss auch die momentane wirtschaftliche Entwicklung Chinas und Europas beachtet werden. Alleine der Wegfall der in Kraft befindlichen Anti-Dumping-Verfahren würde schätzungsweise 300.000 Arbeitsplätze in Europa gefährden, davon 15.000 in der europäischen Aluminiumindustrie. Eine Entscheidung gegen den Marktwirtschaftsstatus für China ist gleichzeitig eine Entscheidung für den Industriestandort Europa.

Autor

Sebastian Schiweck ist Referent für Handels- und Rohstoffpolitik der WVMetalle. Sie erreichen ihn unter schiweck@wvmetalle.de

Bernd Westphal

Mitglied des Deutschen Bundestages / Sprecher der Arbeitsgruppe Wirtschaft und Energie

Kurzinterview mit Bernd Westphal (SPD)

„Es wären massiv Arbeitsplätze bedroht“

Ab dem Sommer soll es eine Vorentscheidung der EU-Kommission in Sachen Marktwirtschaftsstatus für China geben – welche Entscheidung wäre Ihrer Meinung nach sinnvoll?

Falls die EU-Kommission einen Vorschlag zur Änderung der Antidumping-Grundverordnung im Sommer 2016 vorlegen sollte, wäre ein ordentliches Gesetzgebungsverfahren auf EU-Ebene notwendig, also unter Beteiligung des Europäischen Parlaments und des Rates der EU. Auf jeden Fall ist eine genaue Prüfung vorzusehen.

Was würde eine Entscheidung für den Marktwirtschaftsstatus für Industriearbeitsplätze in Deutschland und Europa bedeuten?

In einigen Branchen wie beispielsweise auch der Nichteisen-Metallindustrie wären massiv Arbeitsplätze bedroht. Preisaggressive Exporte aus China würden Unternehmen in der EU in ihrer Existenz gefährden und damit tausende Arbeitsplätze auf dem Spiel stehen.

Auch Staaten wie USA oder Indien müssen über die Vergabe des Marktwirtschaftsstatus entscheiden – sollte es Ihrer Meinung nach eine abgestimmte Entscheidung geben?

Bei der Prüfung durch die EU-Kommission sind eine ökonomische Auswirkungsanalyse und eine Abstimmung mit Partnern wie USA, Kanada oder Indien wünschenswert.

Risiko Regulierung

IM ENGEN RAHMEN

Wir stehen am Beginn einer Regulierungswelle. Aber die Gleichung „Je enger der Regulierungsrahmen, desto größer die Sicherheit vor einer neuen Finanzmarktkrise“ geht nicht auf.

Vor sieben Jahren erschütterte das Platzen der Immobilienblase in den USA die Weltwirtschaft. Die über viele Jahre sehr lockere Geldpolitik der Vereinigten Staaten hatte zu spekulativen Blasen und damit zu einer hohen Volatilität der Kurse am Finanzmarkt geführt. Es folgte der Zusammenbruch des Immobilienmarktes, der die gesamte Finanzwelt in die Krise stürzte. Auch in Europa musste der Staat mit Steuergeldern eingreifen, um Banken zu retten und Märkte zu stabilisieren. Zwischen den Jahren 2008 und 2012 setzte der Staat dafür 1,5 Billionen Euro ein. Das sind über 12 Prozent des Bruttoinlandsprodukts der Europäischen Union. Die Finanzkrise löste eine tiefe Rezession aus und zog erhebliche Wachstumsverluste nach sich. Die Arbeitslosigkeit nahm drastisch zu und viele Haushalte in Europa erlitten beträchtliche Einkommens- und Wohlstandsverluste. Das Vertrauen in das Finanzsystem war tief erschüttert.

Was danach folgte, war nur logisch: Ein neues Aufsichtssystem musste geschaffen werden, um solche Krisen in Zukunft zu verhindern. Die Finanz-

marktreform der Europäischen Kommission wurde geboren. Das auf Beschlüssen der G20 basierende Maßnahmenpaket hat zum Ziel, die Finanzstabilität zu sichern. Gleichzeitig soll die Wirtschaft nachhaltig durch den Finanzsektor unterstützt werden, um Wachstum und Investitionen zu fördern.

Im Mai 2014 zog die Europäische Kommission ein erstes Resümee zum Maßnahmenpaket: „Dank unserer in Rekordzeit verabschiedeten Vorschläge sind die Finanzmärkte sicherer und transparenter, und die Banken gehen mit ihren Risiken verantwortungsbewusster um“, heißt es in der Bewertung. Der Managementplan 2015 umfasst 42 Seiten und ist damit so dick wie die Umweltprogramme der Kommission in den 90er Jahren. Das lässt erkennen, dass wir uns in Europa erst am Anfang einer erhöhten Regulierungswelle befinden.

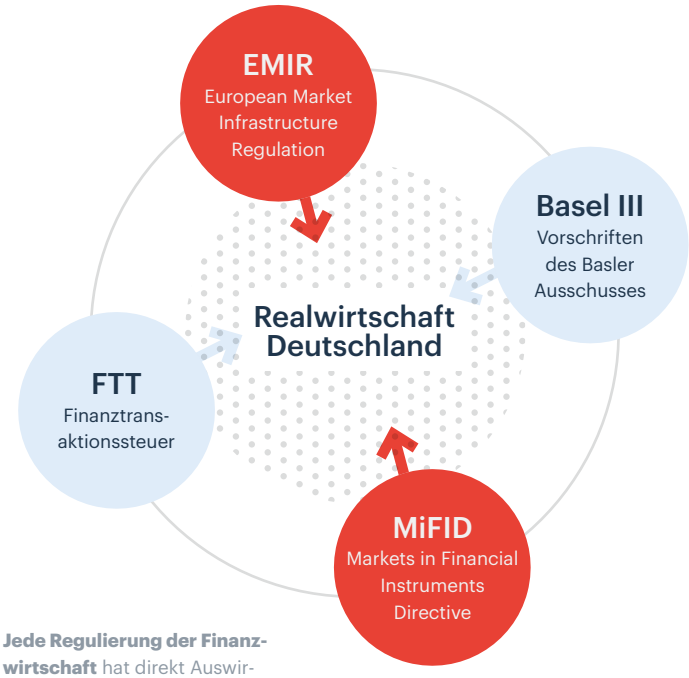
Der Managementplan 2015 zeigt: In Europa befinden wir uns erst am Beginn einer erhöhten Regulierungswelle

Nebenwirkungen auf die Realwirtschaft

Doch welche Auswirkungen haben die Finanzmarktregulierungen auf die Marktbeteiligten, insbesondere die Realwirtschaft? Fest steht: Die Kosten für mehr Transparenz und Regulierung werden nicht nur von der Finanzwirtschaft getragen, sondern zu einem erheblichen Teil durch die Realwirtschaft. Die Folgen sind mehr Bürokratie und höhere Finanzierungskosten. Damit erschweren sich die Wettbewerbsbedingungen und die Liquidität verringert sich. Das steht klar im Widerspruch zum Ziel der Europäischen Union, die Investitionen seitens der Wirtschaft zu stärken.

Hinzu kommen Inkonsistenzen in der Finanzmarktregulierung, die die Realwirtschaft zunehmend unter Druck setzen. Basel III, European Market Infrastructure Regulation (EMIR), Markets in Financial Instruments Directive (MiFID) und Finanztransaktionssteuer (FTT) sind die Eckpfeiler einer allumfassenden Finanzmarktregulierung. So sehr das Ansinnen eines stabileren Finanzsystems zu begrüßen ist, so werden die Nebenwirkungen für die Realwirtschaft häufig übersehen, mitunter auch bewusst verharmlost und als Kollateralschaden in Kauf genommen. Zahlreiche Regulierungsentwürfe setzen Unternehmen mit Banken gleich und schießen damit weit über das Ziel hinaus.

Problematisch sind vor allem die Wechselwirkungen verschiedener Regulierungsvorhaben, die selbst für die Urheber in Brüssel nur schwer abschätzbar sind. Da die einzelnen Arbeitsgruppen weitgehend isoliert arbeiten, sind die Auswirkungen ihres Handelns auf die Unternehmensfinanzierung kaum abzusehen.



Jede Regulierung der Finanzwirtschaft hat direkt Auswirkungen auf die Realwirtschaft. Die Folge ist immer gleich: Die Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen.

5,0

bis 7,3 Mrd. €

könnte der EU-Vorschlag zur FTT jedes Jahr Haushalte und Realwirtschaft in Deutschland kosten*

*Studie der Unternehmensberatung Oliver Wyman im Auftrag des Deutschen Aktieninstituts

Inkonsistenzen fallen zum Beispiel bei der Regulierung außerbörslich gehandelter Derivate auf. Herzstück der Derivateregulierung ist die im August 2013 in Kraft getretene EMIR. Für Unternehmen der Realwirtschaft sind zwar Ausnahmeregelungen vorgesehen, doch hat der Bericht der Europäischen Wertpapier- und Marktaufsichtsbehörde (ESMA) zur Bewertung von EMIR 2015 für große Verunsicherung gesorgt.

Problematisch sind vor allem die Wechselwirkungen verschiedener Regulierungsvorhaben.

Internationale Wettbewerbsverzerrungen drohen

Die ESMA hat sich in ihrem Bericht über die Nutzung von Over-the-counter (OTC) Derivaten, also dem außerbörslichen Handel durch nicht-finanzielle Unternehmen, dafür ausgesprochen, die in EMIR verankerte Ausnahmeregelung zur Clearingpflicht aufzuheben. EMIR verpflichtet die Gegenparteien von Derivategeschäften dazu, ihre Kontrakte zu melden. Nicht-finanzielle Gegenparteien, die OTC-Derivate nachweislich zum Zweck der Risikoabsicherung einsetzen, sind von der Clearingpflicht ausgenommen. In dieser Regelung spiegelt sich wider, dass von nicht-finanziellen Unternehmen zum Zwecke der Risikoabsicherung eingesetzte Derivate keine systemische Relevanz haben und daher auch nicht der besonderen Regulierung bedürfen.

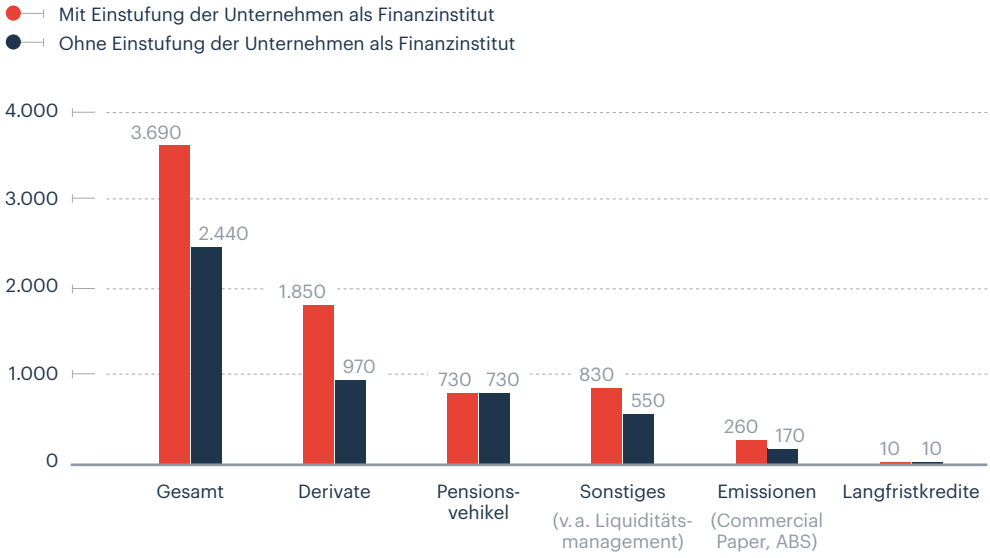
Mit ihrem jüngsten Vorstoß eröffnet die ESMA allerdings eine Diskussion, die eigentlich schon als abgeschlossen galt. Die neue Sichtweise der ESMA steht im Widerspruch zu anderen Regulierungsvorhaben wie MiFID II, die den besonderen Charakter von Hedgegeschäften der Realwirtschaft ausdrücklich anerkennen. Jede Regulierung, die die Effektivität des Hedgings einschränkt, erhöht zugleich die Risiken für Wirtschaft und Finanzmärkte. Gleichzeitig führt sie zu internationalen Wettbewerbsverzerrungen.

Die Einbeziehung der Sicherungsgeschäfte in die Clearingpflicht hätte zur Folge, dass Prozessabläufe erneut modifiziert werden müssten und sich damit sowohl die Verwaltungs- als auch die Finanzierungskosten erheblich erhöhen würden. Das durch höhere Sicherheitshinterlegungen gebundene Kapital stünde dann den Unternehmen nicht mehr für Investitionen zur Verfügung, die von der Politik so dringend eingefordert werden.

„Die Kosten für mehr Transparenz und Regulierung werden nicht nur von der Finanzwirtschaft getragen, sondern zu einem erheblichen Teil durch die Realwirtschaft.“

Jährliche Belastung für Unternehmen

Vergleich 2001/2012 in Mio € pro Jahr



Quelle: Deutsches Aktieninstitut, September 2013

Die Rechnung zahlt der Endkunde

Ein weiteres Beispiel dafür, dass eine geplante Regulierungsmaßnahme nicht zu den gewünschten Resultaten führt, ist die in Europa diskutierte Finanztransaktionssteuer (FTT). Zahlreiche, unabhängig voneinander durchgeführte Untersuchungen haben ergeben, dass die ursprünglichen Ziele der Regulierung und Risikominimierung durch eine FTT nicht erreicht werden können.

Möglichen Steuermehreinnahmen stehen Dämpfungseffekte durch eine Verringerung des Finanztransaktionsvolumens und wahrscheinlich auch Einnahmeausfälle aus anderen Steuerquellen entgegen. Zudem verfehlt die FTT das Ziel, die Finanzwirtschaft an den Kosten der Krise zu beteiligen. Denn die Finanzwirtschaft würde die entstehenden Kosten einfach an die Endkunden weiterreichen. Die Last würde somit auf die Realwirtschaft abgewälzt – sie müsste einen erheblichen Teil dieser Steuer tragen.

Die Erfahrungen aus der letzten Finanzkrise haben gezeigt, wie wichtig es ist, die Finanzmärkte stabiler und krisenfester zu gestalten. Dennoch gilt: Die Rechnung „Je enger der Regulierungsrahmen, desto geringerer das Krisenrisiko" geht nicht auf. Die aktuellen wirtschaftlichen Eckdaten wie die Niedrigzinsphase, der starke Dollar und die geringen Rohstoffpreise zerren an der Stabilität einer sich langsam erholenden Weltwirtschaft. Dass Deutschland die Finanzkrise so gut bewältigt hat, lag nicht zuletzt an einer starken Industrie. Zusätzliche Belastungen, seien es weitere Finanzierungskosten, strengere Auflagen oder ein steigender Verwaltungsaufwand erhöhen das Risiko, dass die nächste Krise tiefere Spuren hinterlässt. Manchmal ist weniger doch mehr.

Autoren

Monika Setzermann ist Referentin für Finanzen, Organisation und Steuerpolitik der WVMetalle. Sie erreichen sie unter setzermann@wvmetalle.de

Rolf Kuby war Leiter des Europabüros der WVMetalle bis April 2016.

UMWELTPOLITIK

Prophylaxe mit Nebenwirkungen

Die REACH-Zulassung wirkt wie ein Breitbandantibiotikum. Sie ist damit nicht immer die bestmögliche Option, um potenzielle Risiken zu minimieren.

Die REACH-Verordnung hat sich in den vergangenen Jahren zum zentralen Stützpfeiler des Chemikalienmanagements der Europäischen Union entwickelt. Die Informationen zu den Eigenschaften und der Verwendung der Stoffe sind außerordentlich umfangreich, und die Industrie muss diese durch REACH entstandene Datenbank ständig aktuell halten. Trotz des Umfangs der vorhandenen Daten stellt REACH nicht immer das adäquate Instrument dar, um den von Stoffen ausgehenden Risiken in sinnvoller Weise zu begegnen.

Dies gilt insbesondere für Anwendungen, bei denen die Stoffe nur im professionellen Bereich eingesetzt werden. Hier ist eine Kontrolle der potenziellen Risiken wesentlich zielgerichteter und effektiver, wenn geeignete Arbeitsschutzvorgaben festgelegt werden. Denn der Schutz der Gesundheit der Mitarbeiter gehört in die Arbeitsschutzgesetzgebung und nicht in die REACH-Verordnung.

Druck zur Substitution

Inzwischen geraten immer mehr Stoffe ins Visier des REACH-Zulassungsverfahrens. Die Idee der Zulassung ist letztlich ein Verwendungsverbot, für das unter strengen Vorgaben eine befristete Ausnahme erteilt werden kann. Das ist insbesondere für kleinere Unternehmen eine außerordentlich hohe Hürde. Unter den Kandidatenstoffen für dieses Verfahren finden sich zahlreiche Stoffe, bei denen die Bedenken sich ausschließlich auf die Verwendung im professionellen Umfeld, also insbesondere an Industriearbeitsplätzen, bezieht. Stellt man diese Stoffe unter das Erfordernis der Zulassung, so werden den Unternehmen mit der Gewährung der Zulassung zugleich Arbeitsschutz-Maßnahmen auferlegt. Damit wird REACH zu einem zweiten Arbeitsschutz-Recht.

Inzwischen geraten immer mehr Stoffe ins Visier des REACH-Zulassungsverfahrens – gerade für kleine Unternehmen eine große Hürde.

Befürworter der REACH-Verordnung argumentieren oftmals mit dem entstehenden Substitutionsdruck dafür, REACH als Regelungsinstrument umfangreich zu nutzen. Substitutionsdruck ist der Druck, bestimmte Stoffe durch andere zu ersetzen. Und in der Tat ist die Substitution eines der Hauptziele von REACH. Allerdings entsteht bei den meisten der zu regelnden Stoffe auch gerade über die Arbeitsschutzgesetzgebung ein Druck, sie zu ersetzen.

Arbeitsplatzgrenzwerte oder REACH?

	Arbeitsschutz-gesetzgebung (inklusive Arbeitsplatzgrenzwerte)	REACH-Zulassung
Anwendungsbereich	Geht die Risiken an, wo sie auftreten	Deckt nur einige der relevanten Verwendungen ab (beispielsweise nicht die Verwendung als Zwischenprodukt)
Erreichbarkeit der Zielsetzung des jeweiligen Mechanismus	Schutz der Arbeitnehmer umfassend erreicht	Substitutionen in vorhersehbaren Zeiträumen nicht erreichbar
Planungs- und Investitionssicherheit	Gewährleistet	Unsicherheit wegen zeitlicher Begrenzung einer möglichen Zulassung
Verhältnismäßigkeit	Höchster Schutz der Arbeitnehmer (alle Verwendungen abgedeckt) und im Verhältnis geringste Kosten	Geringerer Schutz der Arbeitnehmer (Zwischenprodukte nicht abgedeckt) und höchste Kosten

„Für Stoffe, die am Arbeitsplatz genutzt werden, sind Arbeitsplatzgrenzwerte die effektivste Risikomanagementoption."

Quelle: *Nickel Institute*

Schon vor mehreren Jahren wurde auch den europäischen Behörden bewusst, dass ihre Sichtweise, Stoffe im REACH Prozess allein nach ihrer Gefährlichkeit zu beurteilen, nicht zielführend ist und die Industrie unnötig und unverhältnismäßig belastet. Im Jahr 2013 rief die Europäische Kommission die SVHC (Substances of Very High Concern) Roadmap ins Leben. Damit prüfen die Mitgliedstaaten zunächst in einer Optionen-Analyse, wie denn der Besorgnis über bestimmte Verwendungen von Stoffen am besten begegnet werden kann. Das ist aus Sicht der Industrie ein Schritt in die richtige Richtung.

Behörde prüft adäquateste Möglichkeit

In Deutschland wird dieses vorgelagerte Verfahren bereits angewendet. Geht es um einen Stoff, der ausschließlich am Arbeitsplatz eine Besorgnis für die Behörden darstellt, so prüft die in Deutschland für REACH zuständige Behörde in einem Vorverfahren, ob eine Regelung nur für den Arbeitsplatz die adäquateste Möglichkeit ist, das bestehende Risiko zu beherrschen. Ist dies der Fall, so regt die Behörde eine Regelung im Bereich des Arbeitsschutzes für den betreffenden Stoff an.

Ein gutes Beispiel bietet hier die Analyse der deutschen für REACH zuständigen Behörde für Beryllium. In einem Fachgespräch hat die Industrie erläutert, wie der Stoff konkret verwendet wird. Im Laufe der Beratungen wurde deutlich, dass die Risiken bei Verwendungen von Beryllium am sinnvollsten und effektivsten im Bereich des Arbeitsschutzes minimiert werden können.

Die Behörde erkannte im Verfahren zudem an, dass bei Beryllium alleine durch den hohen Preis des Metalls bereits ein enormer Substitutionsdruck besteht. Dieser muss also nicht immer aus gesetzlichen Regelungen resultieren.

Unterschiedliche Grenzwerte sorgen für Verwirrung

Das Beispiel macht deutlich: Durch die Parallelität von Arbeitsschutzgesetzgebung und REACH entstehen Schnittstellenprobleme. Dies ist insbesondere in Deutschland bedeutsam, da wir über ein gut differenziertes Arbeitsschutzsystem verfügen. Arbeitgeber erhalten relevante Informationen für ihren betrieblichen Arbeitsschutz sowohl aus dem REACH- als auch aus dem Arbeitsschutz-System. Allerdings stehen diese teilweise im Widerspruch zueinander. Wem gilt es dann primär zu folgen?

Der Widerspruch zwischen REACH und Arbeitsschutz stellt Arbeitgeber vor Probleme. Gebraucht wird eine klare Hierarchie.

Konkrete Probleme gibt es zum Beispiel im Bereich der Arbeitsplatzgrenzwerte. Die nationalen, europäischen und die aus der REACH-Umsetzung erhaltenen Werte unterscheiden sich häufig, insbesondere weil die Methoden zur Ableitung unterschiedlich sind. In Sicherheitsdatenblättern werden aber alle Wertetypen zusammen aufgeführt und stellen den Adressaten vor große Anwendungsprobleme.

Fast **60**

Verbände und Unternehmen unterstützen als europäische „Cross Industry Initiative“ eine bessere Regulierung im Chemikalienmanagement.

„Die REACH-Zulassung sollte als Regelungsinstrument nur dann gewählt werden, wenn nur auf diesem Weg Mensch und Umwelt adäquat geschützt werden können.“

Suche nach praxisnahen Werkzeugen

Ähnliches gilt für die Anwendungsbedingungen eines Stoffes. Unter REACH ist hierzu ein neues System entwickelt worden, das überwiegend auf Berechnungen anhand von Modellen basiert. Im Arbeitsschutz ist demgegenüber die Gefährdungsbeurteilung das etablierte und zentrale Instrument. Dieses stellt in der Praxis das realitätsnähere und differenziertere Werkzeug dar, um Risiken zu minimieren.

Hier braucht es den Mut, eine klare Hierarchie zwischen Arbeitsschutzvorschriften und REACH-Regularien zu verankern. REACH kann bei der Regelung von Arbeitsschutzbelangen letztlich nur eine unterstützende Rolle einnehmen. Die bestehenden Probleme sollten daher zukünftig im Dialog zwischen der für Arbeitsschutz und der für REACH zuständigen Generaldirektion der Europäischen Kommission gelöst werden.

Das betrifft insbesondere die bereits erwähnten europäischen Arbeitsplatzgrenzwerte. Sie können gemäß eines Urteils des Europäischen Gerichtshofes durchaus eine Ausnahme von der Zulassungspflicht begründen. Die entsprechenden Randbedingungen sind allerdings derzeit nicht klar umrissen. Die WVMetalle setzt hierbei auf eine laufende Aktivität im Ausschuss für Gefahrstoffe (AGS). Der AGS plant sich dazu zu positionieren, wie ein sinnvolles Zusammenspiel von REACH und Arbeitsschutzrecht aus seiner Sicht aussehen sollte. Unter anderem soll gefordert werden, zügig Grenzwerte für Stoffe festzulegen, die als Kandidatenstoffe für die Zulassung gelistet sind und überwiegend an Arbeitsplätzen verwendet werden.

REACH-Zulassung mit Nebenwirkungen

Die Industrie ruft dazu auf, das REACH-Zulassungsverfahren für relevante Stoffe gezielter zu nutzen. Es muss darum gehen, die bestmögliche Option zu wählen, um pozentielle Risiken zu minimieren. Für manche Fälle ist die Zulassung unter REACH eben gerade nicht das passende Instrument. Die Zulassung wirkt hier wie ein Breitbandantibiotikum ohne spezifische Effektivität und mit unerwünschten Nebenwirkungen auf den Markt.

Wie beim Umgang mit Breitbandantibiotika sollte die Zulassung als Regelungsinstrument nur dann gewählt werden, wenn nur auf diesem Weg Mensch und Umwelt adäquat geschützt werden können. Insbesondere wenn die einzige Besorgnis beim professionellen Umgang mit Stoffen besteht, kann das Ziel besser und effektiver mit entsprechend angepassten Arbeitsschutzvorgaben erreicht werden. Voraussetzung hierfür ist, dass diese harmonisiert weiterentwickelt und angewendet werden. Dies wäre die bestmögliche Lösung, um den Gesundheitsschutz der Beschäftigten europaweit sicherzustellen.

Autoren

Dorothea A. Steiger ist Referentin für Europäische Chemikalienpolitik der WVMetalle. Sie erreichen sie unter steiger@wvmetalle.de

Dr. Martin Wieske ist Referent für Arbeits- und Gesundheitsschutz der WVMetalle. Sie erreichen ihn unter wieske@wvmetalle.de

PARLAMENTARISCHER ABEND

Für einen digitalen Kulturwandel

#MetalleDigital: Der Talk bei metals meet politics 2016 im Berliner ewerk

metals meet politics 2016: Politik und Industrie diskutieren mit 200 Gästen über die Digitalisierung.

„Wie überwinden wir den Innovationspessimismus in Deutschland?“ Für Alexander Dobrindt, Bundesminister für Verkehr und digitale Infrastruktur, ist dies eine der zentralen Fragen der Digitalisierung. In Deutschland spreche man über Big Data als einem Angstbegriff, monierte Dobrindt bei einem Talk bei metals meet politics, dem Parlamentarischen Abend der Nichteisen-Metallindustrie. Dobrindt diskutierte vor 200 Gästen im Berliner ewerk mit BDI-Präsident Ulrich Grillo und WVMetalle-Präsident Harald Kroener. Der Titel des Talks: *#MetalleDigital – von M2M über 3D zu Industrie 4.0*.

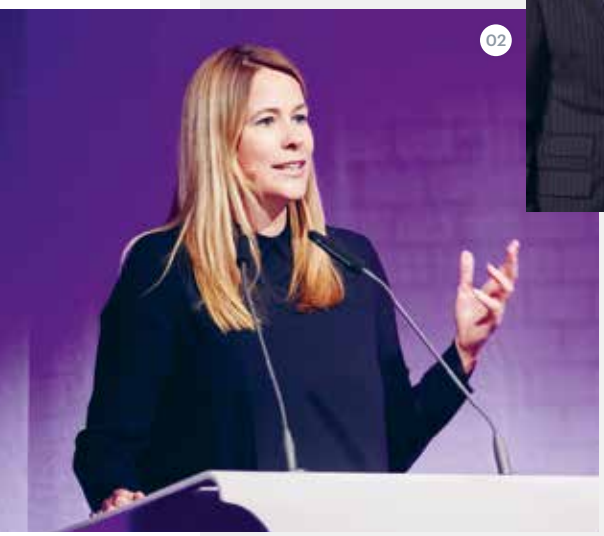
Für Dobrindt steht fest: „Solange wir über den Überbegriff ‚Datensparsamkeit‘ diskutieren, liegen wir in einer digitalen Welt grundsätzlich falsch.“ Diese könne nur durch einen Datenreichtum begleitet werden. Dazu brauche es in Deutschland einen Kulturwandel, durch den die Digitalisierung positiv begleitet werde. „Wir können nicht nur die Frage stellen: Wie können wir die Digitalisierung regulieren, damit sie ja keinen Schaden anrichtet?“

Für einen digitalen EU-Binnenmarkt

WVMetalle-Präsident Harald Kroener machte deutlich, dass die Digitalisierung für die Grundstoffindustrie eine höhere Wertschöpfung bedeute, auch wenn sich diese heute noch nicht genau beziffern lasse. „Wir werden schneller und flexibler werden“, sagte Kroener, „es wird aber auch ganz andere Anforderungen an die Mitarbeiter geben.“ Bereits heute würden Mitarbeiter geschult, um mit dieser neuen Welt umzugehen. Auch das wird Kroener zufolge wertschöpfend sein.

BDI-Präsident Ulrich Grillo sieht derweil die Europäische Union als zentrales Element. „Europa ist eine Riesenchance, wir brauchen einen europäischen digitalen Binnenmarkt“, sagte Grillo. Europa sei nicht das Problem, sondern die Lösung. „2016 ist das Jahr der Entscheidung. Jetzt wird sich beweisen: Ist Europa funktionsfähig oder nicht?“, so der BDI-Präsident in Bezug auf die Flüchtlingsfrage. Er hoffe, dass die Politik es schafft, den Solidaritätsgedanken zu stärken und Europa zu erhalten. Das helfe allen Beteiligten.

01 — Ulrich Grillo, Alexander Dobrindt, Franziska Erdle, Harald Kroener (v.l.n.r.)



02 — „Ohne NE-Metalle gibt es keine Digitalisierung“: Franziska Erdle in ihrer Begrüßungsrede

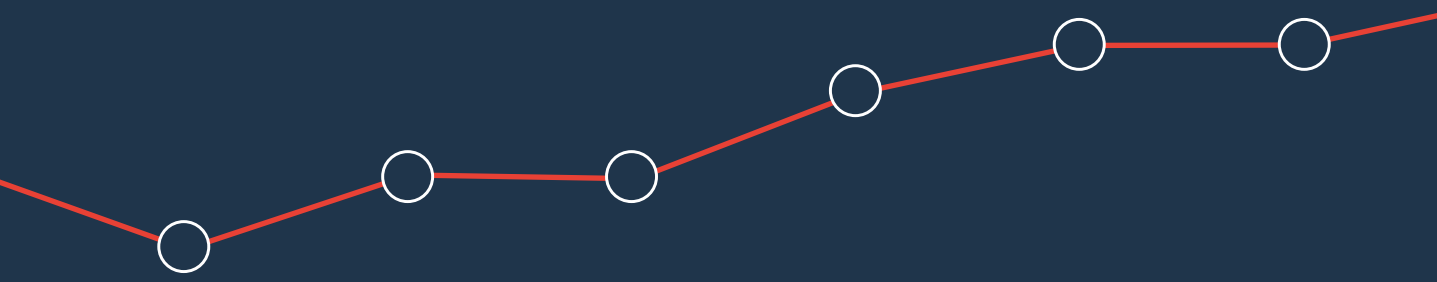
03 — Ulrich Grillo und Harald Kroener im Talk zum Thema Digitalisierung

„Europa ist nicht das Problem, sondern die Lösung“

BDI-Präsident Ulrich Grillo

04 — Rund 200 Gäste kamen ins ewerk zu metals meet politics 2016

Konjunktur + Statistik



ZAHLEN UND FAKTEN

Verschaffen Sie sich einen Überblick über die aktuellen wirtschaftlichen Hintergründe der NE-Metallindustrie.

34 Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2015

38 Die Situation der Teilbranchen

42 Weltkonjunktur wächst 2015 moderat

46 Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

DIE GESAMTE BRANCHE IM FOKUS

Die deutsche Nichteisen-Metallindustrie im Jahr 2015

Die Eckdaten der deutschen Nichteisen-Metallindustrie 2015

111.646

Beschäftigte

670

Unternehmen

8,3 Mio. t

Produktion

47,8 Mrd. €

Umsatz

21,4 Mrd. €

davon Auslandsumsatz

24,7 Mrd. kWh

Energieeinsatz (2014)

vorläufig;
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen.

Die deutsche Nichteisen(NE)-Metallindustrie beschäftigte 2015 durchschnittlich 112.000 Arbeitskräfte in 670 Unternehmen. Einschließlich der von der NE-Metallindustrie abhängigen Arbeitsplätze bei Industriedienstleistern belief sich die **Beschäftigungswirkung** auf knapp 260.000 Erwerbstätige.

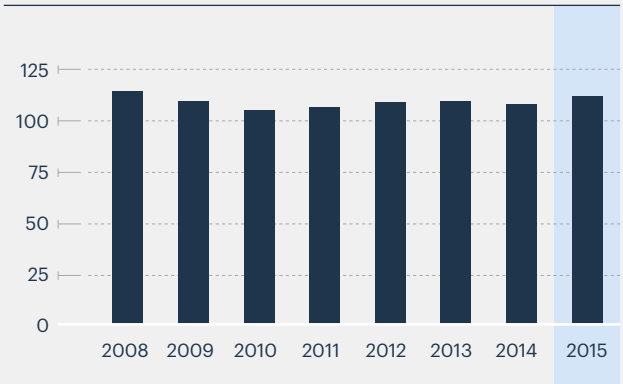
Die metallerzeugenden und -verarbeitenden Unternehmen erzielten 2015 eine **Produktion** von 8,3 Millionen Tonnen (plus ein Prozent gegenüber dem Vorjahr). Für 2016 erwartet die Branche nochmals ein leichtes Produktionswachstum von einem Prozent.

Der **Umsatz** belief sich 2015 auf 47,8 Milliarden Euro, davon 26,4 Milliarden Euro (55 Prozent) im Inland, weitere 12,7 Milliarden Euro (27 Prozent) in den restlichen Euroländern und 8,7 Milliarden Euro (18 Prozent) in Drittländern. Das entsprach einer Exportquote von 45 Prozent.

Der **Außenhandel** von Metallen unterscheidet sich grundlegend vom Außenhandel mit Halbzeug. So importiert Deutschland deutlich mehr Metalle als es exportiert. Die Einfuhr von Metallen ging 2015 um 3,5 Prozent auf 4,0 Millionen Tonnen zurück. Der Metallexport sank sogar um 4,5 Prozent auf 877.000 Tonnen. Die exportstarke Halbzeugindustrie steigerte die Ausfuhren 2015 um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 2,8 Millionen Tonnen. Dem standen Einfuhren von 1,8 Millionen Tonnen gegenüber (plus 6,0 Prozent). Von der Euroschwäche profitierte die Branche indirekt über exportorientierte Abnehmer im Euroraum. Rückläufige Wachstumsraten in China wurden teilweise durch einen robusten US-Markt, eine leicht anziehende Nachfrage in Europa und zunehmende Bestellungen aus der Region Naher Osten und Nordafrika kompensiert. Vereinzelt verzeichneten chinesische Importe von Halbzeug enorme Wachstumsraten – ausgehend von einem noch sehr niedrigen Niveau.

Beschäftigte

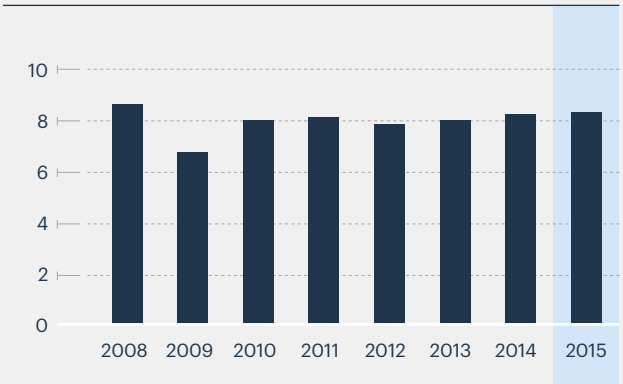
Anzahl in 1.000



2015: Anzahl der Melder gestiegen; vorläufig;
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebungen.

Produktion

in Mio. t



2015: vorläufig;
Quellen: Gesamtverband der Aluminiumindustrie, Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie, Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie.

Die Recyclingquote in der Erzeugung von Nichteisenmetallen liegt in Abhängigkeit von der Schrottverfügbarkeit bei knapp 50 Prozent. Diese Metalle dienen der Halbzeugindustrie (erste Bearbeitung) und den Recyclinghütten als Vormaterial. Die produktbezogenen Recyclingquoten (End of Life) liegen aufgrund wachsender Märkte und zum Teil langer Bindungsdauer von Metallen in Produkten teilweise deutlich höher, so zum Beispiel für Aluminium, Kupfer und Zink aus dem Baubereich bei etwa 95 Prozent, Aluminium aus dem Verpackungsbereich bei 90 Prozent oder Blei aus Altbatterien bei 95 Prozent.

Die Nichteisen-Metallindustrie senkte ihren spezifischen Energieeinsatz in Megawattstunden je Tonne von 1995 bis 2014 um beinahe 30 Prozent. Neben fortlaufender Verbesserung der Energieeffizienz haben sich in den vergangenen 20 Jahren Änderungen im Produktprogramm ergeben. Während die sehr energieintensive Erzeugung von Metallen aus Erz gesunken und die weniger energieintensive Erzeugung aus Sekundärmaterialien gestiegen ist, hat sich insgesamt die Bedeutung der Metallverarbeitung gegenüber der Erzeugung erhöht. Damit war auch ein substanzieller Rückgang der durchschnittlichen Energieintensität verbunden.

Der Börsenhandel einiger Industriemetalle ist bis zu fünfzigmal größer als die jeweilige Weltproduktion. NE-Metalle werden in den letzten zehn Jahren verstärkt gehandelt. Trotz des Rückzugs einiger Banken aus dem physischen Rohstoffgeschäft blieb der jährliche Umsatz der Industriemetalle an der London Metal Exchange auf hohem Niveau.

Während der Wirtschafts- und Finanzkrise 2008/2009 sind die Metallnotierungen an der Londoner Metallbörse eingebrochen (siehe Grafiken Seite 37). In der ersten Jahreshälfte 2011 erreichten sie, nicht zuletzt auch unter dem Einfluss von Finanzinvestoren, wieder Höchststände. Seitdem sind sie tendenziell rückläufig. 2015 wurde die Börsenpreisentwicklung der NE-Metalle auch vom Rückgang der Ölpreise beeinflusst. Investoren kaufen oft Rohstoffe wie Kupfer und Öl als Teil eines sogenannten Korbs, so dass ein Rückgang des einen Rohstoffs sich tendenziell auch auf die übrigen Rohstoffe im Korb auswirkt. Diesen Effekt federte der starke US-Dollar etwas ab. Denn in US-Dollar gehandelte NE-Metalle verteuerten sich für Käufer in den Euroländern. Auch der gedämpfte, aber weiterhin große Rohstoffhunger Chinas wird die globalen Metallpreise noch eine Weile stützen. **China** verwendet einen Großteil der weltweit produzierten Metalle. So ist es nicht verwunderlich, dass die chinesische Konjunktur die Metallpreisentwicklung an den Börsen weiterhin maßgeblich bestimmt. Vor dem Hintergrund all dieser Einflussfaktoren entwickelten sich die Metallpreise 2015 in verschiedene Richtungen. Während sie gegenüber dem Vorjahr für Kupfer, deutlich auch für Zinn und Nickel im Jahresdurchschnitt sanken, stiegen die Preise für Aluminium, Zink und geringfügig auch für Blei. Wie im Vorjahr stand 2015 das Thema Verfügbarkeit beziehungsweise Zugänglichkeit von Erzen und Schrotten weiter im Fokus.

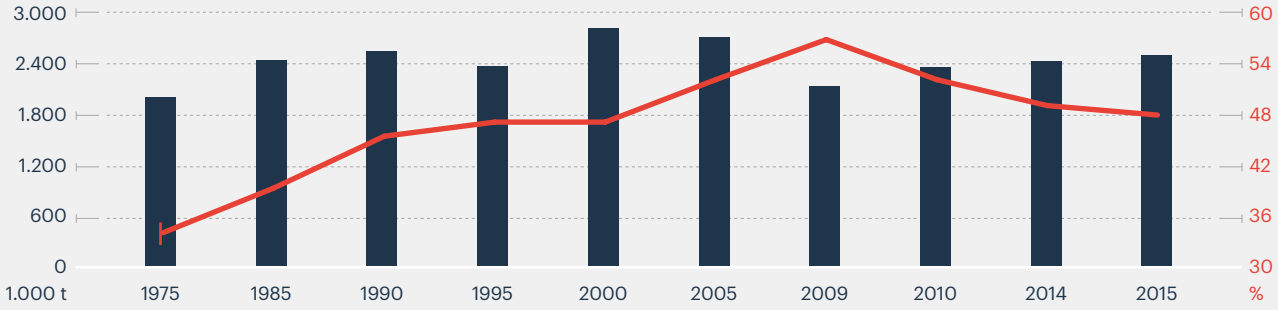
Entwicklung der Börsenpreise von NE-Metallen

	2014 in €/t	2015 in €/t	in %
ALUMINIUM	1.409	1.497	+6
KUPFER	5.170	4.954	–4
BLEI	1.580	1.607	+2
ZINK	1.632	1.738	+6
ZINN	16.477	14.486	–12
NICKEL	12.708	10.642	–16

Jahresdurchschnitt;
Quelle: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen.

Recycling-Anteil an der Nichteisen-Metallproduktion

Produktion von NE-Metallen · Recyclingquote

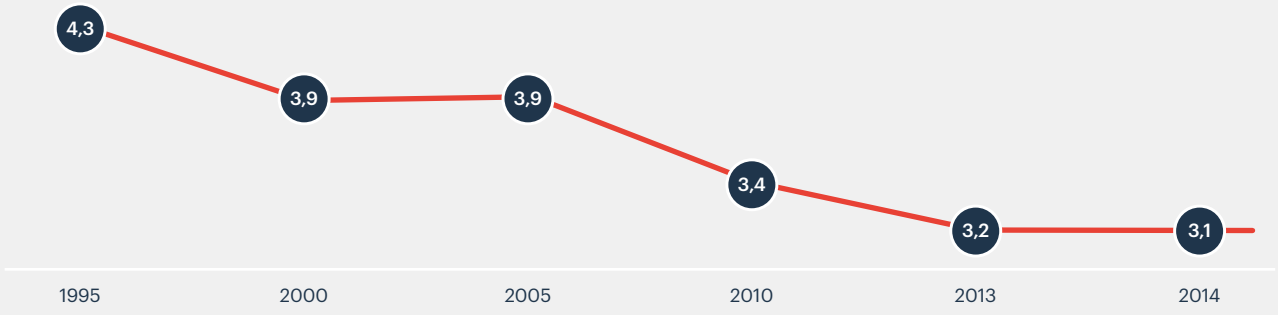


Hinweise:
Recyclingquote 2009: In der Wirtschafts- und Finanzkrise wurde 50 % der Primäraluminiumkapazität vorübergehend stillgelegt.
Rückgang in den Folgejahren: Die Primäraluminiumkapazität wurde wieder höher ausgelastet, seit 2014 zu 90 %. Rückgang 2014, 2015: eingeschränkte Schrottverfügbarkeit;
Ausblick: Ein Kapazitätsausbau v. a. für die Erzeugung von Sekundäraluminium wird die Quote wieder erhöhen.

Quellen: GDA, GDB; ab 2009 geänderte Datengrundlage

Nichteisen-Metallindustrie senkte spezifischen Energieeinsatz

Spezifischer Energieeinsatz in MWh/t

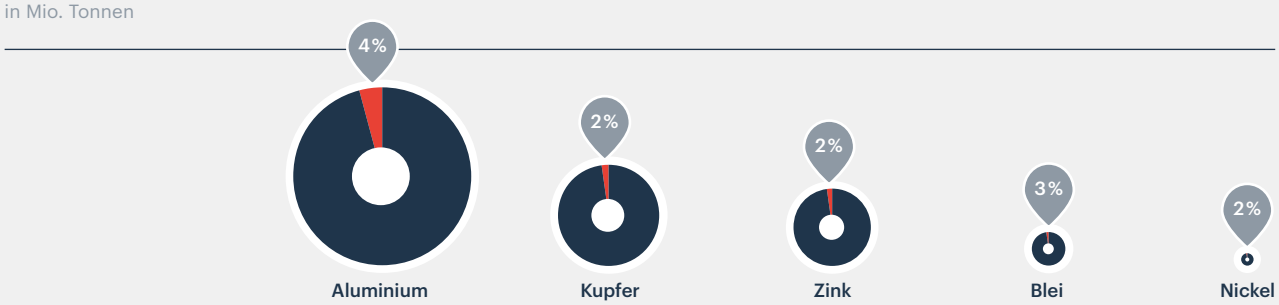


*Erzeugung und erste Bearbeitung,
Guss; die Daten für 2015 sind im Herbst 2016 verfügbar;

Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Erhebung.

Anteil der Weltproduktion am Börsenumsatz 2015

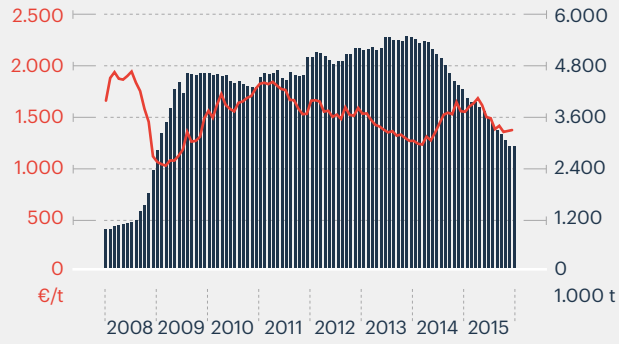
in Mio. Tonnen



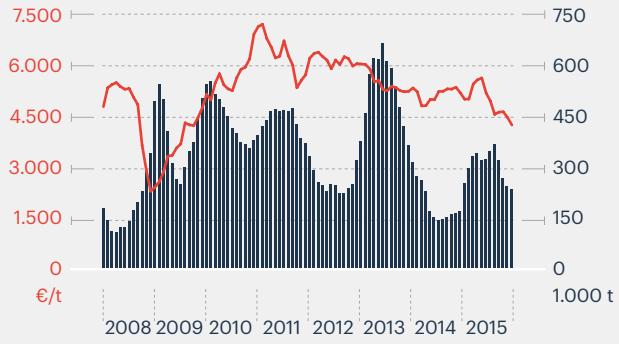
	Aluminium	Kupfer	Zink	Blei	Nickel
Weltproduktion	69	23	14	10	2
Börsenumsatz	1.579	1.026	751	324	124

vorläufig;
Quellen: raffiniertes Aluminium – World Metal Statistics, World Bureau of Metal Statistics, Ware, Großbritannien;
raffiniertes Kupfer – International Copper Study Group, Lissabon, Portugal; Zink- und Bleiblöcke – International Lead and Zinc Study Group, Lissabon, Portugal;
raffiniertes Nickel – International Nickel Study Group, Lissabon, Portugal; Handel – London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen; Stand: März 2016.

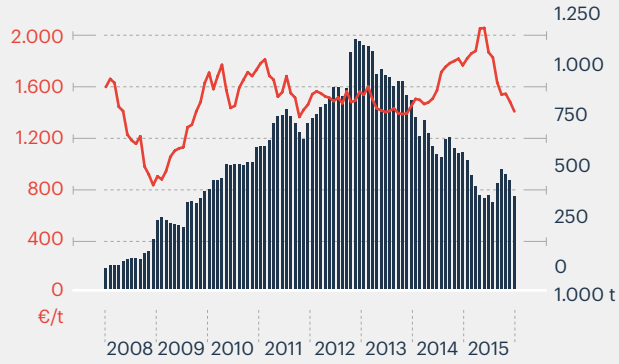
Aluminium
Börsenpreis



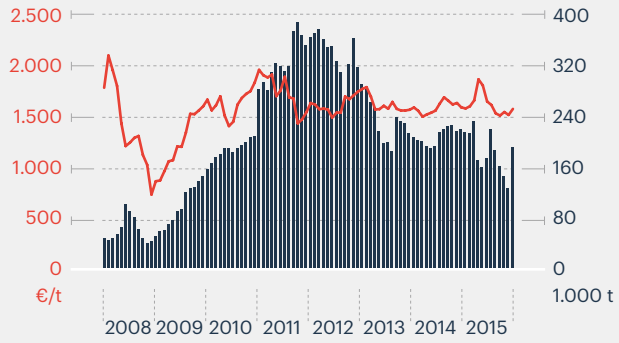
Kupfer
Börsenpreis



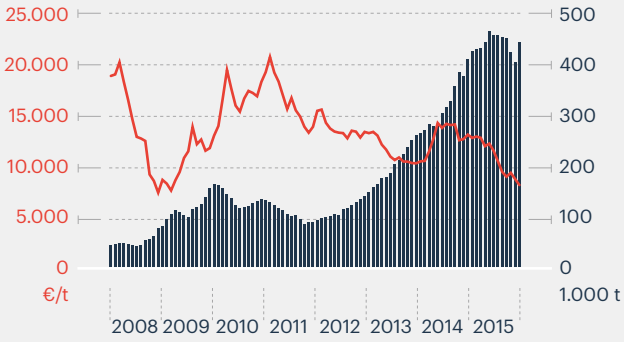
Zink
Börsenpreis



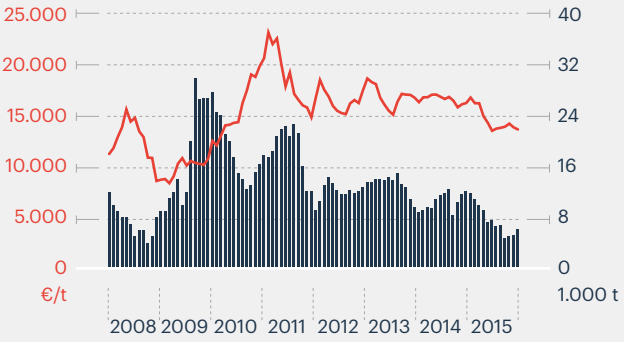
Blei
Börsenpreis



Nickel
Börsenpreis



Zinn
Börsenpreis



LME-Kassa Monatsdurchschnitt LME-Bestand zum Monatsende

Quelle: London Metal Exchange, London; eigene Berechnungen.

DIE NICHTEISEN-METALLINDUSTRIE IM DETAIL

Die Situation der Teilbranchen

Die NE-Metallindustrie gliedert sich in die Metallgruppen Leichtmetalle (Aluminium und Magnesium), Buntmetalle (Kupfer, Zink, Blei, Zinn und Nickel), Selten- und Edelmetalle sowie in die Produktionsstufen Erzeugung (Herstellung von raffinierten Metallen und Metalllegierungen), Halbzeug (erste Bearbeitung zu Bändern, Blechen, Stangen, Profilen, Rohren, Drähten und Schmiedeteilen), Weiterverarbeitung, Guss und Feuerverzinkung.

Aluminiumindustrie – verhalten optimistisch für 2016

Die deutsche Aluminiumindustrie beschäftigte im Jahr 2015 knapp 42.000 Erwerbstätige in etwa 160 Unternehmen. Die Branchenkonjunktur war zweigeteilt. Wachstum in den Bereichen Rohaluminium und Aluminiumweiterverarbeitung stand einem leichten Rückgang in der Aluminiumhalbzeugfertigung gegenüber. Insgesamt konnte die Aluminiumindustrie ihre Produktion bei etwa vier Millionen Tonnen halten. Der Umsatz der Branche lag 2015 bei 16,6 Milliarden Euro, davon 7,8 Milliarden Euro auf ausländischen Märkten. Das entsprach einer Exportquote von 47 Prozent.

Die deutsche Aluminiumindustrie erzeugte im Jahr 2015 rund 1,2 Millionen Tonnen **Rohaluminium**. Damit lag die Produktion drei Prozent über dem Niveau des Vorjahres. Die Herstellung von Rohaluminium teilte sich in diesem Zeitraum auf 541.000 Tonnen Hüttenaluminium und 620.000 Tonnen Recyclingaluminium auf. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum stieg die Produktion von Hüttenaluminium um zwei Prozent, während die Recyclingaluminiumproduktion um drei Prozent wuchs. Weltweit stieg die Produktion von Rohaluminium 2015 gemäß World Bureau of Metal Statistics um 6,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 69,0 Millionen Tonnen. Dabei wurde die Primärproduktion um 7,7 Prozent auf 57,3 Millionen Tonnen ausgeweitet. Die Recyclingproduktion blieb dagegen mit 11,7 Millionen Tonnen auf Vorjahresniveau. Die globale Nachfrage nach Primäraluminium wuchs um 7,1 Prozent. China verwendete 14,2 Prozent mehr Primäraluminium als 2014 und fragte damit über die Hälfte der globalen Primärerzeugung nach.

Die Erzeugung von **Aluminiumhalbzeug** (erste Bearbeitung zu Walz-, Strangpressprodukten, Drähten und Schmiedeteilen) belief sich im Jahr 2015 auf rund 2,5 Millionen Tonnen. Gegenüber dem Vorjahreszeitraum war dies ein Rückgang um zwei Prozent. Darunter verzeichneten die Hersteller von Halbzeug aus Aluminium und Aluminiumlegierungen ein Minus von zwei Prozent. Die Produktion von Aluminiumleitmaterial sank um zwölf Prozent auf etwa 4.000 Tonnen.

Die **Aluminiumweiterverarbeitung** verzeichnete im Jahr 2015 ein kleines Plus von einem Prozent auf gut 15.000 Arbeitskräfte in knapp 50 Unternehmen. Insgesamt wurden 351.000 Tonnen hergestellt. Das Produktionsvolumen stieg damit gegenüber dem Vorjahr um ein Prozent an. Die Weiterverarbeitung wird aufgegliedert in die Bereiche Folien und dünne Bänder, Tuben, Aerosol- und sonstige Dosen sowie Metallpulver. Während im Bereich Metallpulver Mengenrückgänge um acht Prozent auf 33.000 Tonnen zu verzeichnen waren, stieg die Produktion bei Tuben, Aerosol- und sonstigen Dosen um drei Prozent auf 44.000 Tonnen sowie bei Folien und dünnen Bändern um ein Prozent auf 274.000 Tonnen an. Der Umsatz der Aluminiumweiterverarbeitung erhöhte sich um drei Prozent auf drei Milliarden Euro.

Durch **Aluminiumrecycling** werden Rohstoffkreisläufe geschlossen und somit ein substanzieller Beitrag zur Rohstoffversorgung und zur nachhaltigen Entwicklung in der Aluminiumindustrie geleistet. Während Elektrolysekapazitäten in Deutschland und Europa tendenziell eher abgebaut wurden, wurden im Bereich Aluminiumrecycling Kapazitäten aufgebaut. Der positive Trend beim Recycling dürfte sich weiter fortsetzten, da Nachhaltigkeit ein zentrales Anliegen der Aluminiumindustrie ist. Deutschland exportiert eine erhebliche Menge an Aluminiumschrotten. Im Jahr 2015 lagen die Ausfuhren zum zweiten Mal in Folge über der Marke von

Produktion nach Produktionsstufen

	2014 in t	2015 in t	+/– (%[1])
NICHTEISEN-METALLE GESAMT	8.240.363	8.296.966	1
ERZEUGUNG[2, 3]	2.433.999	2.486.245	2
Aluminium aus Erz	530.683	541.379	2
Aluminium aus Recycling	599.363	620.100	3
ALUMINIUM GESAMT	1.130.046	1.161.479	3
raffiniertes Kupfer und Kupfergusslegierungen	707.219	712.386	1
Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen	596.734	612.380	3
BUNTMETALLE GESAMT	1.303.953	1.324.766	2
HALBZEUG[2, 3]	4.322.901	4.297.096	–1
Al und Al-Legierungen	2.543.851	2.485.496	–2
Al-Leitmaterial	4.626	4.061	–12
ALUMINIUM GESAMT	2.548.477	2.489.557	–2
Cu und Cu-Legierungen	886.012	900.239	2
Cu-Leitmaterial	717.909	728.219	1
KUPFER GESAMT	1.603.921	1.628.458	2
ANDERE BUNTMETALLE	170.503	179.081	5
BUNTMETALLE GESAMT	1.774.424	1.807.539	2
GUSS[4]	1.134.152	1.162.179	2
Aluminium	993.874	1.014.019	2
Magnesium	14.921	15.236	2
LEICHTMETALLGUSS GESAMT	1.008.795	1.029.255	2
Kupfer und Kupferlegierungen	72.063	79.403	10
Zink und Zinklegierungen	53.294	53.521	0
BUNTMETALLGUSS GESAMT	125.357	132.924	6
ALUMINIUMWEITERVERARBEITUNG[2]	349.311	351.446	1
FOLIEN UND DÜNNE BÄNDER	270.598	274.090	1
TUBEN, AEROSOL- UND SONSTIGE DOSEN	42.900	44.356	3
METALLPULVER	35.813	33.000	–8

2015: vorläufig; 1 Änderung gegenüber dem Vorjahr;
Quellen:
2 Gesamtverband der Aluminiumindustrie,
3 Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie,
4 Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie.

einer Million Tonnen. Diese Menge ging größtenteils in die deutschen Nachbarländer und hier insbesondere nach Italien, Österreich und Polen. Die Ausfuhren nach China betrugen im Jahr 2015 31.000 Tonnen. Im Jahr 2010 waren die Exporte nach China mit 62.000 Tonnen noch doppelt so hoch. Die Bewertung für das Jahr 2015 fällt insgesamt leicht positiv aus. Im ersten und vierten Quartal verlief die Produktionsentwicklung leicht positiv, während im zweiten und dritten Quartal deutliche Steigerungen bei der Produktion erreicht werden konnten. Das dritte Quartal war von der Dynamik das erfreulichste. Die Erwartungen für das Jahr 2016 sind verhalten optimistisch. Grund sind die leicht positiven Wachstumsaussichten für die europäische Automobilindustrie, dem wichtigsten Abnehmer für Aluminiumgusslegierungen.

Die Buntmetallindustrie erwartet 2016 ein stabiles Produktionswachstum

In der deutschen Buntmetallindustrie (Kupfer, Zink, Blei, Zinn, Nickel und Seltenmetalle) waren 2015 knapp 32.000 Erwerbstätige in 290 Unternehmen beschäftigt. Die Branche erzielte ein Produktionsplus von zwei Prozent gegenüber 2014. Damit wurden insgesamt 3,1 Millionen Tonnen produziert.

Die Fertigung der gesamten **Buntmetallerzeugung** stieg im Jahr 2015 um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 1,3 Millionen Tonnen. Dabei wuchs die Produktion von raffiniertem Kupfer und Kupfergusslegierungen um ein Prozent auf 712.000 Tonnen. Die Ausbringungsmenge von Zink, Blei, Zinn und deren Legierungen legte um drei Prozent auf 612.000 Tonnen zu.

Die Weltproduktion von **raffiniertem Kupfer** stieg 2015 gemäß International Copper Study Group um 1,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 22,8 Millionen Tonnen. Dabei wuchsen die Primärproduktion um 1,8 Prozent auf 18,9 Millionen Tonnen und die Recyclingproduktion um 0,3 Prozent auf 3,9 Millionen Tonnen. Die globale Nachfrage nach raffiniertem Kupfer blieb 2015 mit 22,9 Millionen Tonnen stabil, obwohl die Nachfrage Chinas in Höhe von 11,3 Millionen Tonnen mit 3,2 Prozent deutlich weniger wuchs als noch im Vorjahr mit 13,8 Prozent. China steht allein für 45 Prozent des Weltbedarfs. Die Wachstumsrate der USA war mit plus 1,5 Prozent auf 1,7 Millionen Tonnen deutlich niedriger. Die Nachfrage in der Europäischen Union (EU) 28 sank um 1,8 Prozent auf 3,1 Millionen Tonnen, und der Bedarf in Russland hat sich beinahe halbiert auf 322.000 Tonnen. So entstand weltweit ein kleines Produktionsdefizit von 57.000 Tonnen – bereinigt um inoffizielle Lagerbestandsänderungen in China 167.000 Tonnen. Die weltweite Bergbauproduktion stieg 2015 um 3,5 Prozent auf 19,1 Millionen Tonnen. Prognose: Die International Copper Study Group erwartet 2016 weltweit eine Produktion von 22,9 Millionen Tonnen raffinierten Kupfers und eine Nachfrage von etwa 23,0 Millionen Tonnen. Damit wäre der Kupferweltmarkt nahezu ausgeglichen.

Die globale **Primärverhüttung von Zink** wies 2015 im Vergleich von Produktion zu Verbrauch einen kleinen Überschuss von 105.000 Tonnen aus. Dabei nahm die Zinkproduktion um 3,1 Prozent auf 13,9 Millionen Tonnen zu, wobei der Anstieg maßgeblich durch die deutliche Zunahme der chinesischen Produktion um 6,0 Prozent auf 6,2 Millionen Tonnen geprägt war. Dagegen blieb die weltweite Nachfrage mehr oder weniger stabil im Vergleich zum Vorjahr (plus 0,6 Prozent) bei 13,8 Millionen Tonnen. Wie bei Kupfer war ein Rückgang des Nachfragewachstums in China von plus 8,0 Prozent 2014 auf 1,3 Prozent 2015 (6,5 Millionen Tonnen) ausschlaggebend. Die weltweite Minenproduktion sank 2015 leicht um 0,4 Prozent gegenüber 2014 auf 13,5 Millionen Tonnen.

Wie im Vorjahr war der Weltmarkt für **raffiniertes Blei und Bleilegierungen** 2015 weitestgehend ausgeglichen. So überstieg die Herstellung des Metalls dessen Verwendung lediglich um 86.000 Tonnen. Die Produktion von metallischem Blei wurde spürbar um 7,8 Prozent auf 10,1 Millionen Tonnen reduziert. Der Anteil an recyceltem Blei an der Gesamtproduktion lag bei knapp 59 Prozent. Der Bedarf von metallischem Blei nahm um 8,5 Prozent auf 10,0 Millionen Tonnen ab, dabei reduzierte China seine Verwendung um 17,9 Prozent auf 3,9 Millionen Tonnen. Die globale Minenproduktion sank 2015 deutlich um 11,8 Prozent auf 4,4 Millionen Tonnen. Eine nach wie vor kräftige globale Automobilkonjunktur wird im laufenden Jahr über den Einsatz von Blei in Starterbatterien und aktuelle technische Entwicklungen, wie Start-Stopp-Systeme, EFB (Enhanced Flooded Battery) und AGM-Batterien (Absorbent Glass Mat), für eine robuste weltweite Nachfrage nach Blei und Bleilegierungen sorgen.

Die Produktion der gesamten **Buntmetallhalbzeughersteller** erhöhte sich im Jahr 2015 um zwei Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 1,8 Millionen Tonnen. Dabei verzeichneten die Hersteller von Halbzeug aus Zink, Blei, Zinn, Nickel und deren Legierungen ein deutliches Plus von fünf Prozent auf 179.000 Tonnen. Die Fertigung von Halbzeug aus Kupfer und -legierungen stieg um zwei Prozent auf 900.000 Tonnen und die Produktion von Halbzeug aus blankem Kupferleitmaterial um ein Prozent auf 728.000 Tonnen.

Nichteisen-Metallgießereien – Produktionswachstum im Jahr 2016

Die deutsche NE-Metallgießerei-Industrie wies im Jahr 2015 etwa 33.000 Erwerbstätige in etwa 205 Unternehmen aus. Der Branchenumsatz lag bei 6,5 Milliarden Euro. Die Branche produzierte knapp 1,2 Millionen Tonnen Gussteile. Das entsprach einem Plus von 2,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dominiert durch die Fahrzeugbauzulieferung ergab sich ein rundum positives Bild, auch wenn die zweistelligen Zuwachsraten im Aluminium-Druckguss aus dem Jahr 2014 nicht wiederholt werden konnten. Anders sah es bei der Belieferung von Kunden aus dem Maschinen- und Anlagenbau aus. Hier

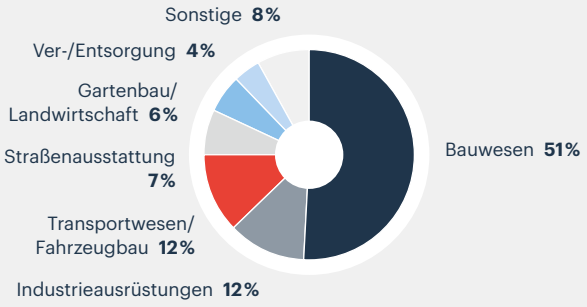
ließ sich die Durststrecke nicht verbergen. Die Schlüsselfrage der NE-Metallgießereien im Jahr 2016 dürfte sein, inwieweit europäische Absatzmärkte der Kunden sich Sättigungsgrenzen nähern. Für Asien und die USA dürfte dies der Fall sein. Die Aluminiumgießereien registrierten mit knapp 936.000 Tonnen einen um sechs Prozent niedrigeren Auftragseingang als im Jahr 2014. Die Magnesiumgießereien verbuchten mit 21.000 Tonnen ein um drei Prozent gestiegenes Bestellinteresse. Die Gießereien, die Kupferlegierungen verarbeiten, meldeten einen im Vorjahresvergleich um zwei Prozent höheren Auftragseingang von 83.000 Tonnen. Die Aufträge der Zinkgießereien stiegen um vier Prozent gegenüber dem Jahr 2014 auf gut 58.000 Tonnen. Die Ausfuhrquote lag im Jahr 2015 stabil bei 13 Prozent. Die Exporte erreichten mit 150.000 Tonnen ein Niveau, das um sieben Prozent über dem 2014er Vergleichsvolumen lag. Der Anteil von Komponenten für den Straßenfahrzeugbau am Gesamtexport blieb stabil bei 81 Prozent. Die Auftragsreserven beliefen sich Ende Dezember 2015 auf 333.000 Tonnen. Damit lag die Auftragsreichweite, gemessen an der durchschnittlichen Monatsproduktion im Jahr 2015, bei vier Monaten. Für das Jahr 2016 geht die Nichteisen-Metallgießerei-Industrie von einem moderaten Produktionswachstum aus.

Die Feuerverzinkungsindustrie erwartet 2016 moderate Steigerungen

Die deutsche Stückverzinkungsindustrie als wichtiger Zinkanwender veredelte im Jahr 2015 etwa 1,8 Millionen Tonnen Stahl und übertraf damit marginal das Vorjahresergebnis. Der Umsatz der Branche wuchs im Jahr 2015 leicht mit einem Prozent gegenüber dem Vorjahr von etwa 600 Millionen Euro auf rund 607 Millionen Euro. Die deutsche Stückverzinkungsindustrie beschäftigte im Jahr 2015 mehr als 4.800 Mitarbeiter in über 160 Verzinkereien. Die Erwartungen der Stückverzinker an das Jahr 2016 sind durchweg positiv. Die Branche geht für das Jahr 2016 von moderaten Mengenzuwächsen aus und hofft, insbesondere von steigenden Ausrüstungs- und Bauinvestitionen zu profitieren. Langfristig wird mit zusätzlichen Wachstumsimpulsen im Rahmen des Ausbaus der Stromnetze gerechnet.

Aufteilung Tonnagemenge Feuerverzinkungsindustrie

in %

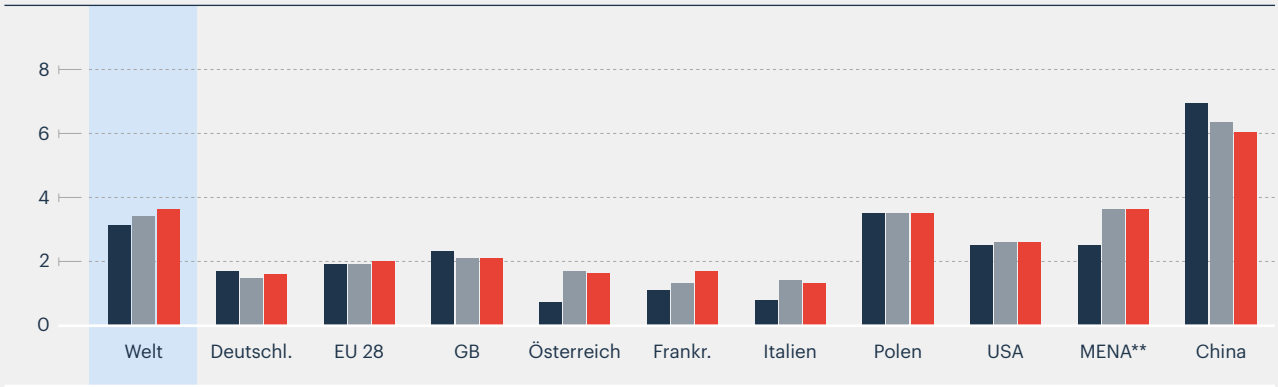


DIE LAGE DER WELTWIRTSCHAFT

Weltkonjunktur wächst 2015 moderat

Die Weltwirtschaft stabilisiert sich bei geringerem Tempo als in den vergangenen Jahren. Die Entwicklung in den USA bleibt robust. In der Europäischen Union geht es moderat aufwärts. China richtet seine Wirtschaft bei abnehmenden Wachstumsraten auf die Inlandsnachfrage aus.

Weltkonjunktur – Reales Bruttoinlandsprodukt* 2015 2016 2017 in %



*Änderung des realen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr in Prozent; 2016, 2017: Prognosen; ausgewählte Länder/Regionen sortiert nach ihrem Anteil am Absatz der deutschen NE-Metallindustrie 2015 in Tonnen.
** einschl. Afghanistan und Pakistan; MENA steht für Middle East and North Africa: Ägypten, Algerien, Bahrain, Dschibuti, Iran, Irak, Jemen, Jordanien, Katar, Kuwait, Libanon, Libyen, Marokko, Mauretanien, Oman, Saudi Arabien, Sudan, Syrien, Tunesien und Vereinigte Arabische Emirate.
Quellen: Deutschland – Sachverständigenrat, 23. März 2016; EU(-Länder) – Europäische Kommission, European Economic Forecast, Februar 2016; restliche Länder/Regionen: Internationaler Währungsfonds, World Economic Outlook, 19. Januar 2016.

Die **Weltkonjunktur** stabilisiert sich bei geringeren Wachstumsraten als in den vergangenen Konjunkturzyklen. 2015 wuchs die globale Wirtschaft preisbereinigt moderat um 3,1 Prozent gemäß Internationalem Währungsfonds (IWF). 2015 war geprägt von einem steten Aufwärtstrend in den Industrieländern. Vergleichsweise robust fiel die Belebung in den Vereinigten Staaten aus. Für die Volkswirtschaften in der EU 28 ging es moderat aufwärts. Konjunkturmotoren blieben Polen, Großbritannien und Deutschland. In den großen Schwellenländern entwickelte sich die Wirtschaft unterschiedlich. Während China und Indien ein – für ihre Verhältnisse – moderates Wachstum erzielten, rutschten die Volkswirtschaften in Brasilien und Russland mit minus 3,8 Prozent beziehungsweise minus 3,7 Prozent des Bruttoinlandsproduktes in eine tiefe Rezession. Für beide Länder wird erst 2017 eine gewisse Stabilisierung erwartet. Weltweit spiegelten sich sinkende Rohstoffpreise in geringen Inflationsraten wider. Der deutliche Verfall der Ölpreise von 115 US-Dollar für ein Fass der Sorte Brent Mitte 2014 auf etwa 40 US-Dollar im März 2016 stimulierte die Volkswirtschaften Öl importierender Staaten. Den Nachteil hatten Ölförderländer ohne ausreichende finanzielle Reserven, deren Staatshaushalt von den Öleinnahmen abhängt. Für das Jahr 2016 traut der IWF der Weltwirtschaft wieder ein Wachstum von 3,4 Prozent zu. 2017 könnte das Plus demnach sogar 3,6 Prozent gegenüber dem Vorjahr betragen.

Die **deutsche** Wirtschaftsleistung stieg 2015 um 1,7 Prozent. Das Inland ist für die deutsche NE-Metallindustrie mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt. Hier wurden 2015 rund 55 Prozent des Branchenumsatzes erzielt. Niedriger Ölpreis, schwacher Euro und niedrige Zinsen begünstigten die wirtschaftliche Entwicklung. Die privaten Konsumausgaben stiegen dank eines stabilen Arbeitsmarkts, steigender Löhne, stabiler Preise und niedriger Zinsen um 2,1 Prozent. 2015 wurden 5,4 Prozent mehr Waren ausgeführt als im Vorjahr. Die Importe stiegen etwas stärker um 5,8 Prozent, und der Außenbeitrag steuerte nur noch 0,2 Prozentpunkte zum Wirtschaftswachstum bei. Die Zahl der Erwerbstätigen stieg im Jahresdurchschnitt um knapp 330.000 auf 43,0 Millionen Personen. Der staatliche Konsum wurde um 2,4 Prozent gesteigert. In einem nach wie vor sehr günstigen Finanzierungsumfeld wurden die Bruttoanlageinvestitionen insgesamt um 2,2 Prozent erhöht. Darunter stiegen die Ausrüstungsinvestitionen sogar um 4,8 Prozent. Die Bauinvestitionen verharrten dagegen knapp über dem Vorjahresniveau (plus 0,3 Prozent). Auch die expansive Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) bewirkte nicht, dass sich die Inflation in Richtung der Zielmarke von zwei Prozent bewegte. 2015 stiegen die Verbraucherpreise gerade einmal um 0,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Vergangenes Jahr war das vierte Jahr in Folge, in dem der Staat einen Haushaltsüberschuss erwirtschaften konnte.

Ausblick: Im März 2016 hellte sich die Stimmung in der gewerblichen Wirtschaft gemäß ifo-Geschäftsklimaindex nach drei Rückgängen leicht auf. Die Unternehmer beurteilten ihre aktuelle Geschäftslage besser als im Vormonat und blickten nach dem starken Rückgang im Februar zuversichtlicher auf das nächste halbe Jahr. Chancen bestehen 2016 in einem Binnenaufschwung. Zusätzliche staatliche Ausgaben im Rahmen der Migrationswelle dürften die Wirtschaft kurzfristig stimulieren. Risiken bestehen in den vielen ungelösten internationalen Konflikten und der nach wie vor schwelenden Eurokrise. Der Sachverständigenrat erwartet in seiner Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung vom 23. März 2016, dass die Wirtschaft 2016 mit einer etwas geringeren Rate von 1,5 Prozent zulegen wird. 2017 dürfte das Tempo wieder leicht erhöht werden auf 1,6 Prozent.

Verwendung des Inlandsprodukts

	2015	2016	2017
	in %	in %	in %
Konsumausgaben	2,1	2,1	1,7
Private Haushalte	1,9	2,0	1,6
Staat	2,4	2,6	2,3
Anlageinvestitionen	2,2	2,9	2,9
Ausrüstungen	4,8	3,0	4,0
Bauten	0,3	3,1	2,1
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,5	2,9
Inländische Verwendung	1,6	2,3	2,0
Exporte	5,4	2,4	3,6
Importe	5,8	4,5	5,2
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,5	1,6

Änderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent, preisbereinigt, verkettet; Quellen: Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main, Monatsbericht März 2016, 18. März 2016; 2016 und 2017: Sachverständigenrat, 23. März 2016.

Eckdaten für Deutschland

		2015	2016	2017
Reales BIP (in %*)		1,7	1,5	1,6
Erwerbstätige im Inland (in 1.000 Personen)		43.032	43.519	43.918
Arbeitslose (in 1.000 Personen)		2.795	2.808	2.958
Arbeitslosenquote (in %)		6,4	6,4	6,7
Verbraucherpreise (in %*)		0,3	0,3	1,4
Lohnstückkosten (in %*)		–0,2	–0,3	0,2
Finanzierungssaldo des Staates	(in Mrd. €)	19,4	8,1	8,2
	(in % des nominalen BIP)	0,6	0,3	0,3
Leistungsbilanzsaldo	(in Mrd. €)	257,0	–	–
	(in % des nominalen BIP)	8,5	8,7	8,3

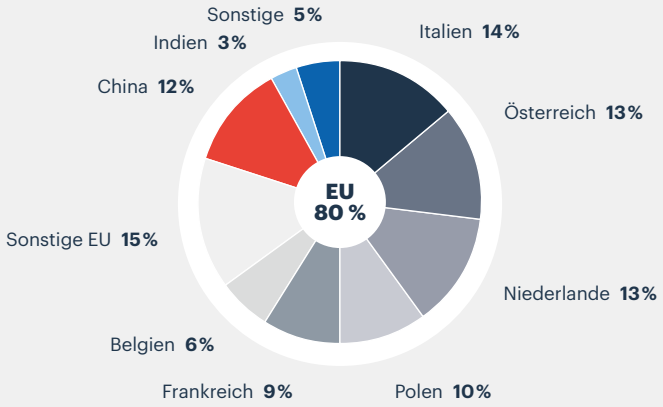
BIP = Bruttoinlandsprodukt;
* Änderung gegenüber dem Vorjahr; Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; Bundesagentur für Arbeit, Nürnberg; Deutsche Bundesbank, Frankfurt am Main; 2016 und 2017: Sachverständigenrat, 23. März 2016.

Nichteisen-Metall-Vorstoffe

Deutscher Außenhandel 2015 nach Ländern

Export –4%
1.782.000 Tonnen
- Erz/Konzentrat: 163.000 Tonnen –10%
- Schrott: 1.619.000 Tonnen –3%

Import +1%
5.884.000 Tonnen
- Erz/Konzentrat: 4.473.000 Tonnen +0%
- Schrott: 1.411.000 Tonnen +2%



Vorläufig;
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

Gut drei Viertel der Exporte der deutschen NE-Metallwirtschaft waren 2015 für die **EU** vorgesehen. Somit waren die EU-Partnerländer nach dem Inland mit Abstand der wichtigste Absatzmarkt für die Branche. In der EU 28 legte das reale Bruttoinlandsprodukt 2015 um 1,9 Prozent zu. Dieselbe Wachstumsrate dürfte dieses Jahr gemäß Europäischer Kommission erreicht werden. 2017 wird der EU 28 sogar ein Wachstum von zwei Prozent zugetraut. Die Geldpolitik der EZB blieb 2015 mit einem Leitzins von 0,05 Prozent expansiv. Der Euro verlor gegenüber dem US-Dollar im Jahresverlauf 2015 neun Prozent seines Wertes und lag zum Jahresende bei 1,09 US-Dollar je Euro – nachdem er bereits 2014 deutlich an Wert verloren hatte.

In **Großbritannien** blieb die wirtschaftliche Entwicklung 2015 mit einem Plus von 2,5 Prozent dynamisch. 2016 und 2017 dürfte sich die Konjunktur etwas abschwächen auf Wachstumsraten von jeweils 2,1 Prozent. Weiterhin blieb 2015 die Binnenkonjunktur der Wachstumsmotor, begünstigt durch eine rückläufige Arbeitslosenquote und eine geringe Inflation. Dennoch sanken die deutschen Exporte von NE-Metallen und Halbzeug nach Großbritannien 2015 um sechs Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 291.000 Tonnen. Ein Großteil davon war Halbzeug – überwiegend Aluminium. Ein Risiko geht vom Ausgang der Volksabstimmung in Großbritannien über die weitere Mitgliedschaft in der EU aus. Ein Austritt („Brexit“) dürfte schwerwiegende wirtschaftliche Folgen auch für die restlichen EU-Länder haben.

Österreich war 2015 der wichtigste Exportmarkt für Metall und stand als Exportregion für Halbzeug auf Rang fünf. Die dortige Konjunktur konnte 2015 mit mageren plus 0,7 Prozent nicht so richtig Tritt fassen. Dennoch stiegen der Metall- und Halbzeugexport nach Österreich um zwei Prozent auf 317.000 Tonnen. 2016 und 2017 könnte das Wirtschaftswachstum in Österreich auf 1,7 bzw. 1,6 Prozent zulegen.

Frankreich war 2015 der zweitwichtigste Exportmarkt für Metall und der drittwichtigste für Halbzeug. Insgesamt fragte Frankreich allerdings mit 305.000 Tonnen zehn Prozent weniger Metall und Halbzeug nach als im Vorjahr. Frankreichs Wirtschaft wuchs 2015 um 1,1 Prozent. Die bei gut zehn Prozent verharrende Arbeitslosigkeit dämpfte den privaten Konsum. Für 2016 rechnet die Europäische Kommission mit einem leichten Anstieg des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 1,3 Prozent und für 2017 um 1,7 Prozent.

Italien war 2015 der wichtigste Exportmarkt für Halbzeug. So wurde mit 126.000 Tonnen deutlich mehr Kupferhalbzeug nach Italien geliefert als 2014. 45 Prozent der Metall- und Halbzeugexporte nach Italien war Kupferhalbzeug und 31 Prozent Aluminiumhalbzeug. Italien hat 2015 die konjunkturelle Talsohle durchschritten. So stieg die Wirtschaftsleistung erstmals wieder um 0,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Die Europäische Kommission erwartet im laufenden Jahr ein Wirtschaftswachstum von 1,4 Prozent, während das Plus 2017 bei 1,3 Prozent liegen könnte.

Polen war 2015 der drittwichtigste Exportmarkt für Metall. Bei der Halbzeugausfuhr lag Polen auf Rang vier. Polens Volkswirtschaft wies 2015 ein robustes Wachstum von 3,5 Prozent aus. In den folgenden beiden Jahren erwartet die Europäische Kommission ähnliche Wachstumsraten.

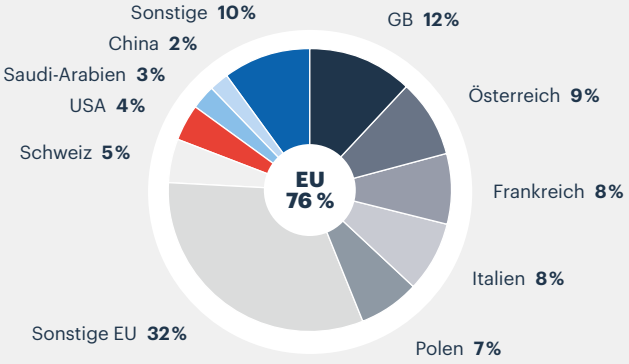
Die **Vereinigten Staaten** waren 2015 die wichtigste Zielregion außerhalb Europas für Halbzeug und nach China der zweitwichtigste Absatzmarkt für Metall. Die deutsche Halbzeugwirtschaft erhöhte ihre Exporte in die Vereinigten Staaten leicht um ein Prozent auf 127.000 Tonnen. Die deutsche Metallwirtschaft verdreifachte ihren Absatz in die Vereinigten

Nichteisen-Metall und Halbzeug

Deutscher Außenhandel 2015 nach Ländern

Export +3%
3.628.000 Tonnen
- Metall: 877.000 Tonnen –4%
- Halbzeug: 2.751.000 Tonnen +6%

Import –1%
5.850.000 Tonnen
- Metall: 4.043.000 Tonnen –3%
- Halbzeug: 1.807.000 Tonnen +6%



Vorläufig;
Quellen: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden; eigene Berechnung.

Staaten auf 18.000 Tonnen – ausgehend von einem niedrigen Niveau. Die Vereinigten Staaten verzeichneten 2015 ein robustes Wirtschaftswachstum von 2,5 Prozent. Für 2016 und 2017 rechnet der IWF mit Wachstumsraten von jeweils 2,6 Prozent. Ein kräftiges Wachstum des privaten Konsums, der zu mehr als zwei Dritteln zum Bruttoinlandsprodukt der Vereinigten Staaten beisteuert, wurde getragen von einer niedrigen Inflationsrate und einer kontinuierlichen Erholung am Arbeitsmarkt. Im Dezember 2015 leitete die Notenbank der Vereinigten Staaten die lang erwartete Zinswende mit einer Erhöhung des Leitzinses auf ein Band zwischen 0,25 und 0,5 Prozent ein.

Für die **Region Naher Osten und Nordafrika** errechnete der IWF 2015 ein Wachstum des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts von 2,5 Prozent. Die Bedeutung dieser Region für die deutsche NE-Metallindustrie nimmt zu. 2015 wurden 143.000 Tonnen Metall und Halbzeug in diese Region geliefert – das waren neun Prozent mehr als 2014. Dabei machen Kupfer- und Aluminiumhalbzeug 96 Prozent der deutschen Branchenausfuhren aus. Auch die Importe aus dieser Region, insbesondere von Rohaluminium aus den Vereinigten Arabischen Emiraten, spielen eine zunehmende Rolle. 2016 und 2017 dürfte die Region jeweils um 3,6 Prozent wachsen.

China hat durch seine enorme Rohstoffnachfrage einen großen Einfluss auf die globalen Rohstoffmärkte. Auch haben deutsche NE-Metallunternehmen dort investiert, um ihre Partner in den Abnehmerindustrien an deren Standorten in China zu versorgen. Dennoch spielt China für den deutschen Export von Metallen und Halbzeug nur eine untergeordnete Rolle. So wurden im vorigen Jahr gerade einmal 72.000 Tonnen nach China geliefert. Das sieht ganz anders beim Schrottexport aus. 2015 war China mit Abstand die wichtigste Zielregion außerhalb der EU 28 für deutschen NE-Metallschrott. Der Schrottabfluss nach China sank im Jahr 2015 zwar gegenüber 2014 um acht Prozent, lag aber immer noch bei 202.000 Tonnen. Dieser Schrott wird der europäischen NE-Metallindustrie als Rohstoff entzogen. Chinas Wirtschaft hat im Jahr 2015 mit 6,9 Prozent das niedrigste Wachstum seit Jahrzehnten erzielt. Erhebliche Turbulenzen an den chinesischen Aktienmärkten und damit einhergehend entsprechende staatliche Eingriffe in den Aktienhandel im Sommer 2015 erschütterten das Vertrauen in Chinas wirtschaftliche Stabilität. Für das laufende Jahr und 2017 rechnet der IWF mit einer anhaltenden Verlangsamung der Wachstumsgeschwindigkeit auf 6,3 Prozent bzw. 6,0 Prozent.

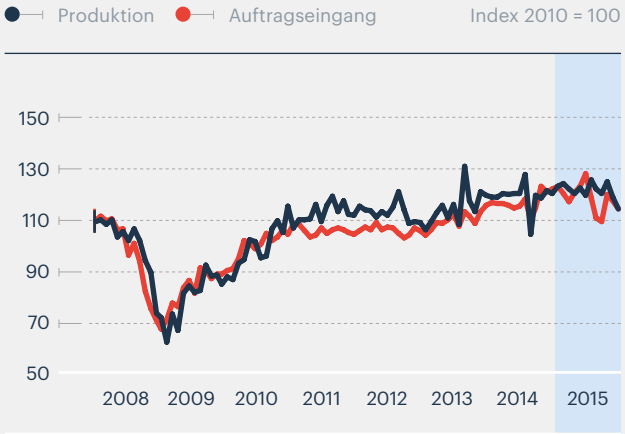
DIE NÄCHSTEN STUFEN DER INDUSTRIELLEN WERTSCHÖPFUNG

Die Entwicklung in den Abnehmerindustrien

Die Nichteisen-Metallindustrie beliefert alle modernen Schlüsselindustrien und bildet somit die Basis für funktionierende Wertschöpfungsketten.

Als innovative Grundstoffindustrie steht die NE-Metallindustrie am Anfang der Wertschöpfungskette und ist von der konjunkturellen Entwicklung ihrer Abnehmerindustrien abhängig. Die Schlüsselbranchen Automobil-, Bau-, Chemie-, Elektrotechnik- und Elektronikindustrie sowie Luft- und Raumfahrtindustrie sorgten 2015 für eine robuste Nachfrage. Der erhoffte Investitionsschub blieb zwar aus, die Bestellungen aus dem Maschinen- und Anlagenbau blieben dennoch stabil.

Automobilindustrie



Preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Die Automobilindustrie ist die wichtigste Abnehmerbranche der NE-Metallindustrie. Etwa 30 Prozent aller Produkte aus NE-Metallen werden in diese Branche eingebracht. Besondere Bedeutung kommt dabei der Aluminiumindustrie zu. 48 Prozent des verarbeiteten Aluminiums fließen in Deutschland in diesen Verwendungsbereich. Im Jahr 1978 wurden noch 32 Kilogramm Aluminium pro Pkw in Deutschland verwendet. Im Jahr 2010 waren es bereits 160 Kilogramm. Der Anteil von Kupfererzeugnissen, die in der Automobilindustrie verwendet werden, liegt bei neun Prozent. Der stärkere Einsatz von elektrisch und elektronisch betriebenen Bedienelementen lässt den Anteil von Kupfer nach Einschätzung von Sachverständigen in den nächsten 20 Jahren von heute 25 Kilogramm auf 40 Kilogramm je Pkw weiter steigen. Für die Verwendung von Blei stellt die Automobilindustrie den wichtigsten Einsatzbereich dar. Gut drei Viertel des in Deutschland eingesetzten Bleis werden zur Herstellung von Akkumulatoren verwendet. Als Starterbatterie wird der Blei-Akku seine Marktposition halten, möglicherweise kommen weitere Anwendungen in der Elektromobilität hinzu. Gegenüber einem Pkw mit Verbrennungsmotor wird der Kupfer-Anteil in einem Elektrofahrzeug bei 65 Kilogramm liegen. Die stärker in den Vordergrund tretende Lithium-Batterie würde den Einsatz von Aluminium um bis zu 50 Kilogramm, von Kupfer um 40 Kilogramm und von Nickel um 10 Kilogramm erhöhen. Pro Fahrzeug werden heute zudem im Durchschnitt 10 Kilogramm Zink verwendet.

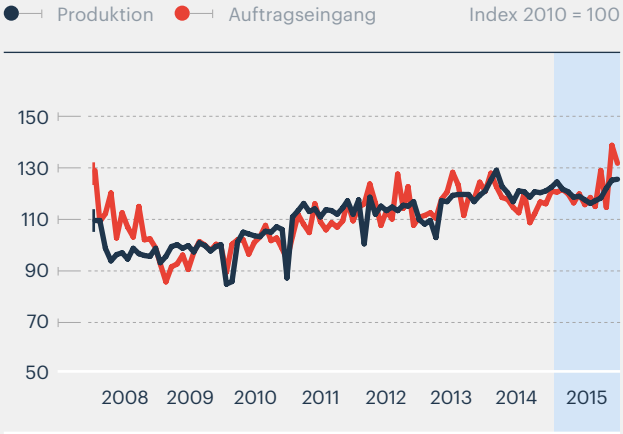
Lage und Prognose

Die deutsche Automobilindustrie steigerte **2015** trotz VW-Diesel-Skandal Absatz, Umsatz, Produktion und Export. Noch nie haben die deutschen Automobilhersteller weltweit so viele Automobile produziert wie 2015. So lagen die Inlandsfertigung mit 5,7 Millionen Pkw 1,9 Prozent und der Export mit 4,4 Millionen Pkw 2,4 Prozent über 2014. Die Inlandsproduktion und die Ausfuhr von Nutzfahrzeugen bis sechs Tonnen wurden 2015 um 7,2 Prozent auf 325.000 bzw. um 7,8 Prozent auf 244.000 Einheiten gesteigert. Gemäß ifo Institut, München, stieg die Kapazitätsauslastung von 91,1 Prozent im Januar 2015 auf 94,1 Prozent im Januar 2016 und lag damit weiter auf einem sehr hohen Niveau. Seit 2010 übersteigt die Auslandsproduktion der deutschen Automobilhersteller die Fertigung im Inland und wuchs 2015 nochmals um 1,0 Prozent auf 9,4 Millionen Einheiten. Die westeuropäischen Produzentenländer überraschten auf breiter Front. So erhöhten Spanien seine gesamte Fahrzeug-Produktion um 16,9 Prozent auf 2,2 Millionen Pkw, Frankreich um sechs Prozent auf 1,6 Millio-

nen Einheiten und Großbritannien um 3,9 Prozent auf 1,6 Millionen Pkw. Italien erreichte ausgehend von einem niedrigen Niveau sogar ein Plus von 65 Prozent auf 663.000 Pkw. Der chinesische Produktionsstandort erhöhte seine Bedeutung weiter und verzeichnete 2015 ein Wachstum von 7,4 Prozent auf 20,0 Millionen Pkw. Die Vereinigten Staaten steigerten ihre Produktion um 3,6 Prozent auf 11,8 Millionen Einheiten.

Der Verband der Automobilindustrie erwartet für **2016** ein Wachstum der Inlandsproduktion und des Exports von jeweils einem Prozent gegenüber dem Vorjahr auf 5,8 Millionen Einheiten beziehungsweise 4,5 Millionen Pkw.

Bauwirtschaft



Hochbau; preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

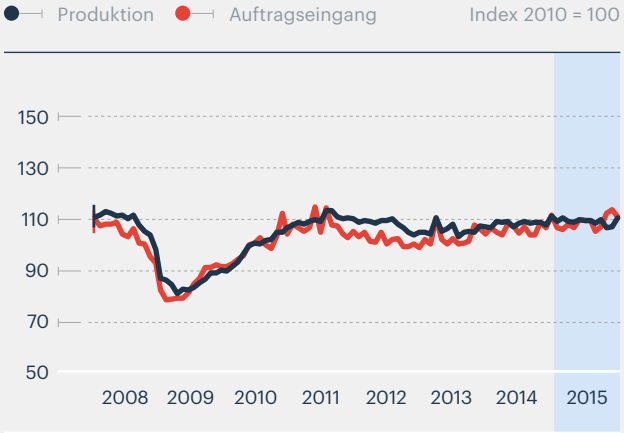
Die Bauwirtschaft ist der zweitgrößte Abnehmer der deutschen NE-Metallindustrie. Die NE-Metalle werden aufgrund ihrer hochwertigen Optik in der modernen Architektur verwendet. Ihre Stärken liegen in ihrer Langlebigkeit, zudem sind sie leicht zu verarbeiten. Kupfer und Kupferlegierungen sind bewährte Werkstoffe im Bauwesen. Der bedeutendste Verwendungsbereich ist die Sanitär- und Installationstechnik. Kupferinstallationsrohre sowie Armaturen und sonstiges Sanitärzubehör aus Messing spielen eine wichtige Rolle. Daneben sind Gestaltungselemente aus Kupferblechen und -bändern für Fassaden und Dacheindeckungen, Regenrinnen und -fallrohre nicht wegzudenken. Die deutsche Aluminiumindustrie liefert ebenfalls einen bedeutenden Teil ihrer Erzeugnisse in Höhe von 13 Prozent in die Bauwirtschaft. Oft wird Aluminium in Verbindung mit Glas oder mit anderen Metallen verwendet. Die daraus hergestellten Bauelemente zeichnen sich durch Korrosionsbeständigkeit und Leichtigkeit aus. Zink wird als hochwertiger und gut zu verarbeitender Werkstoff in der Bauwirtschaft als gestalterisches Element eingesetzt, zum Beispiel für Dacheindeckungen, Fassaden, Entwässerungssysteme und als Korrosionsschutz. Blei wird bevorzugt im Denkmalschutz zum Beispiel für Kirchendächer und sonstigen öffentlichen Gebäuden verwendet.

Lage und Prognose

Das deutsche Bauhauptgewerbe erzielte **2015** ein Umsatzplus von einem Prozent und überschritt damit erstmals seit 2000 wieder knapp die 100-Milliarden-Euro-Marke. Preisbereinigt entsprach das dem Vorjahresniveau. Der Wohnungsbau entwickelte sich 2015 zwar etwas schwächer als erwartet, blieb aber mit einem Wachstum des nominalen Umsatzes von zwei Prozent der einzige Wachstumstreiber. Maßgeblich waren weiter niedrige Kreditzinsen, der Wunsch von Kapitalanlegern nach einer wertbeständigen Investition und eine gute Arbeitsmarktlage. Der Wirtschaftsbau erzielte 2015 beim Wachstum des nominalen Umsatzes eine „rote Null". Die öffentliche Bautätigkeit entwickelte sich ähnlich schwach, wartete allerdings beim nominalen Umsatz mit einer „schwarzen Null" auf.

Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hält für **2016** einen Zuwachs des nominalen Umsatzes im Bauhauptgewerbe von plus drei Prozent gegenüber dem Vorjahr für möglich (preisbereinigt: plus 1,5 Prozent). Deutliche Impulse werden im Wohnungs- und im öffentlichen Bau mit einem Umsatzwachstum von nominal fünf Prozent beziehungsweise vier Prozent erwartet. Für den Wirtschaftsbau geht die Branche 2016 von einem Umsatz wie im Vorjahr aus.

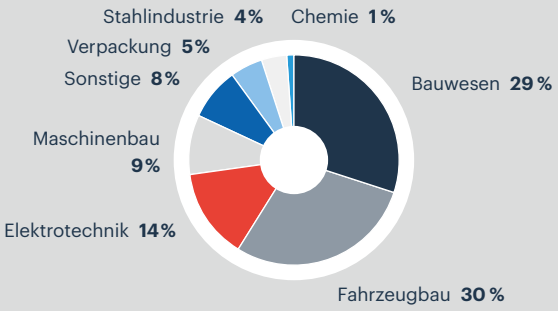
Elektrotechnik- und Elektronikindustrie



Preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

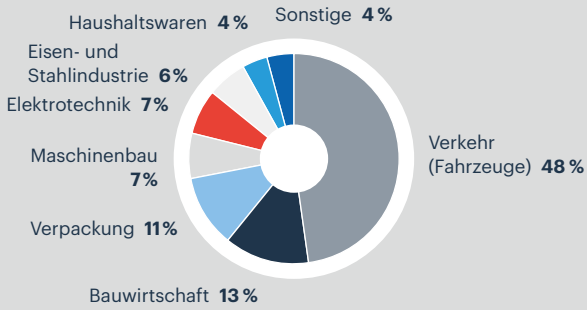
57 Prozent der Erzeugnisse aus Kupfer und Kupferlegierungen werden im Bereich der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie einschließlich der Kabelindustrie sowie der Informationstechnologie und Telekommunikation verwendet. In der elektrotechnischen Industrie steigt der Bedarf an Energiekabeln aus Kupfer kontinuierlich. Der Transformatorenbau und die Telekommunikation benötigen Kupfer in zunehmendem Maß. Die Verwendung von Kupferdraht liegt bei Energieleitungen bei 70 Prozent. Stranggussformate aus Kupfer werden als Vorprodukte für die Herstellung von Kabelbändern, Industrie- und Transformatorenbändern sowie als Spezialprodukte für die Elektronikindustrie benötigt. Bei der Stromübertragung spie-

Verwendung Nichteisen-Metalle



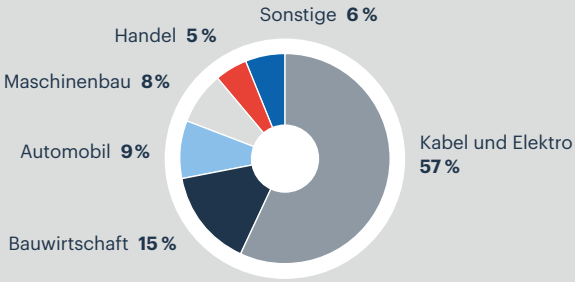
Schätzung;
Quellen: Gesamtverband der Aluminiumindustrie, Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie, ILZSG International Lead and Zinc Study Group, WBMS World Bureau of Metal Statistics.

Verwendung Aluminium



Schätzung;
Quelle: Gesamtverband der Aluminiumindustrie.

Verwendung Kupfer



Schätzung;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie.

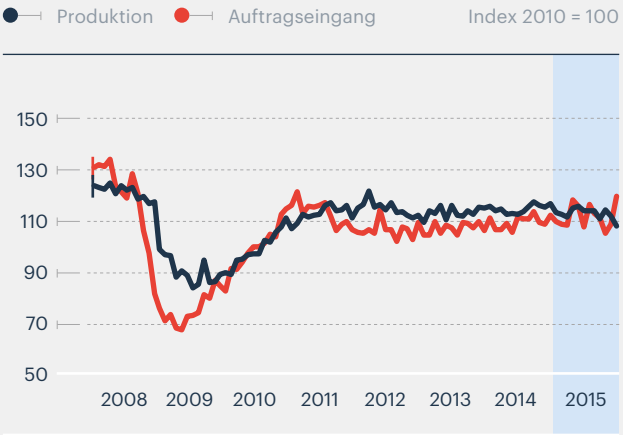
len außerdem Freileitungen und Kabel aus Aluminium eine bedeutende Rolle. Kabelummantelungen aus Blei dienen bei elektrischen Leitungen dem Schutz des Leitmaterials vor Umwelteinflüssen. Zinn ist als Legierungsbestandteil für Bronze wichtig für Anlagen und Einrichtungen in der Nachrichtentechnik. Der weltweit starke Zuwachs der Elektronikindustrie hat die Nachfrage nach Zinn deutlich erhöht.

Lage und Prognose

2015 zeigte sich die deutsche Elektrotechnik- und Elektronikindustrie mit einem Wachstum der preisbereinigten Produktion von 1,3 Prozent gegenüber dem Vorjahr vergleichsweise robust. Der Auftragseingang stieg 2015 insgesamt spürbar um 6,8 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Dahinter blieb die inländische Nachfrage mit einem Plus von 3,4 Prozent zurück. Kunden aus den Euroländern fragten hingegen 9,6 Prozent mehr nach. Aufträge aus den Nicht-Euroländern stiegen um 10,0 Prozent. 2015 wurde ein neuer Exportrekord erreicht. Die Vereinigten Staaten lösten China als größten Exportmarkt ab. Starke Zuwächse mit Polen kompensierten die Rückgänge im Russlandgeschäft. Gemäß ifo Institut, München, lag die Kapazitätsauslastung im Januar 2016 bei 82,6 Prozent – vor Jahresfrist waren es noch 84 Prozent.

Der Zentralverband Elektrotechnik- und Elektronikindustrie rechnet für **2016** mit einem Anstieg der preisbereinigten Produktion von einem Prozent gegenüber dem Vorjahr.

Maschinen- und Anlagenbau



Preisbereinigt, X12-ARIMA arbeitstäglich und saisonbereinigt;
Quelle: Statistisches Bundesamt, Wiesbaden.

Besonders bei beweglichen Teilen im Maschinenbau wird Aluminium wegen seines geringen spezifischen Gewichts eingesetzt. Rohre aus Kupfer und Kupferlegierungen sowie aus Aluminium spielen für die Herstellung von Wärme- und Kühlanlagen eine wichtige Rolle. Bei der Herstellung von Armaturen werden erhebliche Mengen von Kupferlegierungen, zum Beispiel Messing, benötigt. Kraftwerke, der Apparatebau in der chemischen Industrie sowie Meerwasserentsalzungsanlagen

sind ohne die Eigenschaften von Erzeugnissen aus Kupfer und Kupferlegierungen nicht denkbar. Anlagen und Aggregate mit Bleiauskleidungen und Homogen-Verbleiung sind vor aggressiven Stoffen geschützt und haben eine lange Lebensdauer. Auch im Schallschutz hat sich Bleiwalzmaterial als besonders wirksam bewährt. Korrosionsbeständige Werkstoffe aus Nickel und Nickellegierungen spielen im Großanlagenbau der Chemie-, Öl- und Gasindustrie eine bedeutende Rolle.

Lage und Prognose

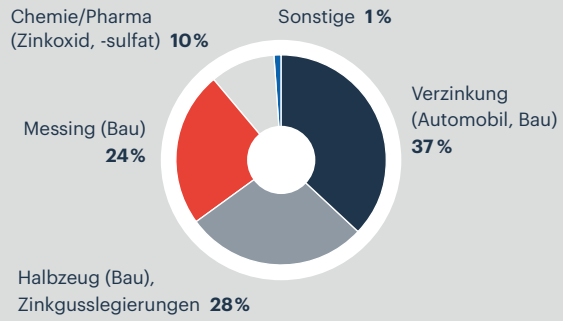
2015 trat der deutsche Maschinen- und Anlagenbau auf der Stelle. Die preisbereinigte Produktion nahm nur leicht um 0,3 Prozent zu. Die Inlandsinvestitionen kamen nicht in Schwung, und im Export mussten in China, Russland und im Nahen Osten deutliche Dämpfer eingesteckt werden. Nur das Geschäft mit den Vereinigten Staaten und den EU-Partnerländern, insbesondere mit Polen, zog an. China wurde auf Rang eins der wichtigsten Maschinenexportmärkte von den Vereinigten Staaten abgelöst. Insgesamt belief sich das Exportwachstum 2015 auf real 0,9 Prozent. Der Auftragseingang der Branche verzeichnete 2015 ein preisbereinigtes Wachstum von einem Prozent gegenüber dem Vorjahr. Impulse kamen vor allem aus den Euroländern, wohingegen die Nicht-Euroländer weniger als 2014 bestellten. Gemäß ifo Institut, München, lag die Kapazitätsauslastung in der Branche im Januar 2016 mit 83,6 Prozent weiter unter dem langjährigen Durchschnitt von 86,2 Prozent.

Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau rechnet weiterhin für **2016** mit einer gleichbleibenden Produktion.

Autor

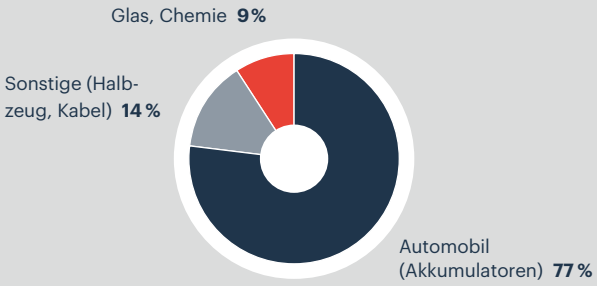
Oliver Eisenberg erstellt Konjunktur-, Quartalsberichte und Monatsnotizen für die WirtschaftsVereinigung Metalle.
Sie erreichen ihn unter eisenberg@gdb-online.org

Verwendung Zink



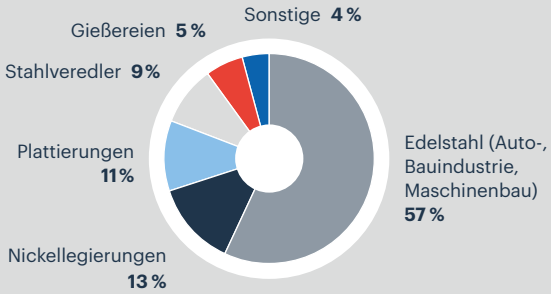
Schätzung;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie,

Verwendung Blei



Schätzung;
Quelle: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie.

Verwendung Nickel



Schätzung;
Quellen: Gesamtverband der Deutschen Buntmetallindustrie;
WBMS World Bureau of Metal Statistics

WVMetalle

Das Team für die **Nichteisen-Metallindustrie**

Sarah Bäumchen
Leiterin Kommunikation und Politik (ab 07/2016)

Martin Brüning
Leiter Kommunikation (bis 07/2016)

Rainer Buchholz
Kreislaufwirtschaft und Ressourceneffizienz

Christoph Drobinski
Organisation

Susanne Eggelmann
Assistenz der Hauptgeschäftsführung

Franziska Erdle
Hauptgeschäftsführerin

Dorit Ewert
Finanzen

Melanie Gabriel
Projekt Metalle pro Klima

Stephanie Hemp
Assistenz

Vera Janssen
Assistenz

Harald Kroener
Präsident

Juliane Latzke
Assistenz

Ingeborg Linthicum
Assistenz

Dr. Michael Niese
Geschäftsführer, Leiter Europabüro

Sylvia Postranecky
Assistenz

Daniel Quantz
Wasser, Boden, Luft

Sebastian Schiweck
Handels- und Rohstoffpolitik, Verkehrs- und Zollpolitik

Michael Schwaiger
Energiepolitik

Monika Setzermann
Steuer- und Finanzpolitik, Leiterin Interne Dienste

Dorothea Steiger
Europäische Chemikalienpolitik

Dr. Martin Wieske
Arbeits- und Gesundheitsschutz

Die Nichteisen-Metallindustrie
Unsere Mitgliedsunternehmen

3A Kunstguss Lauchhammer GmbH
A. Lewerken GmbH & Co. KG
A.W.Schumacher GmbH
A/S Jydsk Aluminium Industri
Aba Beul GmbH
Adam Opel GmbH
Adöksan Döküm San.ve Tic.Ltd.Şti.
Adolf Föhl GmbH + Co KG
ae group ag, holding
AFS ALUMINIUM FACTORY SIEGERLAND GmbH
AGN – Aluminium GmbH Nachrodt
AGVS Aluminium Werke GmbH Villingen
AHC-Oberflächentechnik GmbH
Albéa
Albert Handtmann Metallgußwerk GmbH & Co. KG
Alcoa Extrusions Hannover GmbH & Co. KG
Alcoa Nederland B.V.
Aleris Rolled Products Germany GmbH
Alu-Menziken Extrusion AG
ALUDESIGN Sp. z.o.o.
Aludium Alicante
Alufinish GmbH & Co. KG
Aluman S. A.
Aluminium Bozen S.r.l.
Aluminium Laufen AG
Aluminium Lend Gesellschaft m.b.H.
Aluminium Norf GmbH
Aluminium Oxid Stade GmbH
Aluminium Powder Company Ltd.
Aluminiumfolie Merseburg GmbH
Aluminium-Gießerei Eggingen GmbH
Aluminium-Gießerei Grießinger
Aluminiumwerk Unna AG
Aluminium-Werke Wutöschingen AG & Co. KG
ALUNOVA RECYCLING GmbH
Alupress GmbH
AluTec GmbH
Alutec Möhl GmbH
Alutecta GmbH & Co. KG
ALUWERK HETTSTEDT GmbH
AMAG casting GmbH
AMAG Deutschland GmbH
AMAG rolling GmbH
Amcor Flexibles Finland Oy
Amcor Flexibles Schuepbach AG
Amcor Flexibles Singen GmbH
AMPAL Inc.
ANDREAS STIHL AG & CO. KG
apt Hiller GmbH
Ardagh Aluminium Packaging Germany
Artur Monse GmbH & Co. KG
ASSAN ALÜMINYUM SANAYI VE TICARET AS
Aurubis AG
Aurubis Stolberg GmbH & Co. KG
Austria Druckguss GmbH & Co. KG
Automotive Structures & Components
AVL Metal Powders n.v.
AWEBA Werkzeugbau GmbH Aue
Bachofer GmbH & Co. KG
BAGR Berliner Aluminiumwerk GmbH
Ball Aerocan Europe S.A.S.
Befesa Aluminium Germany GmbH
Befesa Salzschlacke GmbH
Befesa Steel Services GmbH
Befesa Zinc Duisburg GmbH
Befesa Zink Freiberg GmbH & Co. KG
Benda-Lutz Werke GmbH
Berkenhoff GmbH
BERZELIUS METALL GmbH
BERZELIUS Stolberg GmbH
Bildgießerei Hermann Noack GmbH & Co. KG
BMW AG
Borbet GmbH
Böttcher KG
Brabant Alucast International BV
Brose Fahrzeugteile GmbH & Co. KG
BSB Recycling GmbH
bub-Druckguss GmbH
Bühler Druckgießsysteme GmbH
Bundesverband der Deutschen Gießerei-Industrie e.V.
buntmetall amstetten Ges.m.b.H
Buvo Castings B.V.
Carl Gräwe Armaturen GmbH
Carlfors Bruk AB
Celikel Alumininyum Döküm imalat San.ve Tic.A.S
CEVHER DÖKÜM San. Tic A.S.
Central Battery Alliance
Chem-Trend (Deutschland) GmbH
Coatinc Becker GmbH
Coatinc Bochum GmbH
Coatinc PreGa GmbH
Coatinc Rhein-Main GmbH & Co. KG
Coatinc Siegen GmbH
Coatinc Würzburg GmbH
cogent Kienle + Spiess Stanz- und Druckgießwerk GmbH
Collini GmbH
Componenta Germany GmbH
Constellium Extrusions Deutschland GmbH
Constellium France S.A.S.
Constellium Singen GmbH
Daimler AG
Deutsche Giessdraht GmbH
Deutsche Nickel GmbH
Diedorfer Feuerverzinkerei GmbH
Diehl Metal Applications GmbH
Diehl Metall Stiftung & Co. KG
Dietermann GmbH & Co. KG
Dillenberg GmbH & Co. KG Metallgießerei und -bearbeitung
Dipl.-Ing. Heinrich Leist Oberflächentechnik GmbH
Dipl.-Ing. Siegfried Müller Druckguss GmbH & Co. KG
Dr. Ing. h.c.F. Porsche AG
Drahtwerk Elisental W. Erdmann GmbH & Co.
Druckguss Waghäusel GmbH
Druckguss Westfalen GmbH & Co. KG
DruMeta Metall GmbH & Co. KG
ECKA Granules Germany GmbH
ECKART GmbH
ECS Dieser GmbH & Co. KG
Ed. Fitscher GmbH & Co. KG
Eifeler Glockengießerei
Eisenmann Druckguss GmbH
ELAFLEX HIBY Tanktechnik GmbH & Co. KG
Elektrowerk Weisweiler GmbH
ELVAL S.A.
Emil Müller GmbH
Emil Turck & Cie. KG
ENA Guss GmbH
Endurance Amann GmbH
Engel GmbH Leichtmetallguß
Erbslöh Aluminium GmbH
Ernst + Landerer Leichtmetallgießerei GmbH & Co. KG
Ernst Strassacker GmbH & Co. KG
Essel Deutschland GmbH & Co. KG
EURAL GNUTTI S.p.A.
Eurocast Reyrieux AG
Eurofoil
F. W. Brökelmann Aluminiumwerk GmbH & Co. KG
F. W. Oventrop GmbH & Co. KG
F.W. Hempel Legierungsmetall GmbH & Co. KG
F.W. Hempel Metallurgical GmbH
Fagor Ederlan, S.Coop.
FAGOR Industriecommerz GmbH
FDT Fusor Druckgusstechnik GmbH
Federal Mogul Nürnberg GmbH
Fehrmann Metallverarbeitung GmbH
FÈMALK Zrt
Feuerverzinkerei FZK Karlsruhe GmbH
Feuerverzinkerei Holdorf GmbH & Co. KG
Feuerverzinkerei Karl Hülmeyer
Feuerverzinkerei Picker GmbH & Co. KG
Feuerverzinkerei Waldhelm Perleberg – Düpow GmbH
Feuerverzinkung Bremen GmbH & Co. KG
Feuerverzinkung Genthin GmbH & Co. KG
Feuerverzinkung Hannover GmbH & Co. KG
Feuerverzinkung Osnabrück GmbH & Co. KG
FIASA Fundiciones Inyectadas Alavesas S.A.
Fonderie Mario Mazzucconi S.p.A.
Franken Guss Kitzingen GmbH & Co. KG
Franz Hillebrand KG
Freiberger Compound Materials GmbH
Freiberger Metallwarenfabrik Paul Bachmann GmbH
Friedrich Deutsch Metallwerk GmbH
Friedrich Döbrich Druckgießerei GmbH & Co. KG
Fritz Fischer GmbH
G. A. Röders GmbH & Co. KG
GARTNER EXTRUSION GMBH
Gebauer GmbH
Gebr. Kemper GmbH + Co. KG
Gebr. Krause-Straeten GmbH
Georg Fischer GmbH
Georg Frank & Co. GmbH
Georg Langer GmbH & Co. KG
Gerbracht GmbH
Gerhardi AluTechnik GmbH & Co KG
GERLIEVA Sprühtechnik GmbH
GfE Metalle und Materialien GmbH
GGP Metalpowder AG
Glocken- und Kunstgießerei Rincker GmbH & Co. KG
Glockengießerei Bachert Karlsruhe GmbH
GMG GussTec GmbH
Göpfert AG
Graepel Seehausen GmbH & Co. KG
Grillo-Werke AG
Grillo Zinkoxid GmbH
GRIMM Metallpulver GmbH
GRM e.V.
Gruber & Kaja High Tech Materials GmbH
Grupo Antolin Magnesion S.L.U.
Gusstechnik Schopfheim GmbH & Co. KG
GUTMANN AG
GUTMANN ALUMINIUM DRAHT GMBH
H. Hiery NE-Metallguss GmbH
H.C. Starck GmbH
Haas Metallguß GmbH
Hack Aluminiumgießerei GmbH
Häfele Berlin GmbH & Co. KG
Hagemann & Pfeil GmbH
HAL Aluminiumguss Bitterfeld GmbH
HAL Aluminiumguss Leipzig GmbH
HAMMERER ALUMINIUM INDUSTRIES GMBH
Handtmann Leichtmetallgießerei Annaberg GmbH
Hans-Joachim Meyer Feuerverzinkungs-GmbH & Co. KG
Harz-Metall GMBH
HDO Druckguß- und Oberflächentechnik GmbH
Heinrich Schneider NE-Metallurgie GmbH
Helling & Neuhaus GmbH & Co. KG
Henrich Goldfuchs Bronzefarbenwerk GmbH
Hermann Sieg GmbH
Heuschkel Druckguss GmbH
HMT Höfer Metall Technik GmbH & Co. KG
Hoesch Granules GmbH
Honeywell Fall Protection Deutschland GmbH & Co. KG
Horst Pielhau GmbH & Co. KG
Horst Uhlig GmbH
HTM Feuerverzinkerei GmbH
Hueck Extrusion GmbH & Co. KG
Hüttenes-Albertus Chemische Werke GmbH
Hydro Aluminium Rolled Products GmbH
HZD Havelländische Zink-Druckguß GmbH & Co. KG
ID CASTING ZAMAC
Illichmann Castalloy GmbH
Impol LLT d.o.o.
IMR metal powder technologies GmbH
Industrieverband Feuerverzinken e.V.
INOTAL Aluminium Processing Ltd.
Interfer Aluminium GmbH
Isar-Metallgusswerk GmbH & Co. KG
Jeners Druckgußtechnik GmbH
JL Goslar GmbH & Co. KG
Johann Grohmann GmbH & Co. KG
Johann Lemp GmbH & Co. KG
Johnson Controls Autobatterie GmbH & Co.KGaA
Johnson Controls Recycling GmbH
Johnson Matthey Chemicals GmbH
Julius Schüle Druckguss GmbH
Jura-Guss GmbH
K+S Entsorgung GmbH
KALKANCI PRES DÖKÜM San.veTic.Ltd. Sti
Kamensk-Uralsky Non-Ferrous Metal Working Plant
Karl Fink GmbH & Co.
Karl Höll GmbH & Co. KG
Karl Kaldenberg GmbH & Co. KG
Karl Schmeer Modellbau GmbH & Co. KG
Karl Widenmann Armaturen und Metallgiesserei eK
Kind & Co., Edelstahlwerk, GmbH & Co. KG
KMD Connectors Stolberg GmbH
KME Brass Germany GmbH
KME Germany GmbH & Co. KG
Knight Wendling GmbH
Knorr-Bremse Systeme für Nutzfahrzeuge GmbH
Kopp GmbH

Kreck GmbH
KS Aluminium-Technologie GmbH
KS Gleitlager GmbH
KSM Castings Group GmbH
KSM Castings Group GmbH Druckgusswerk Fritz Völkel
Kunstgießerei Plein GmbH
Kurtz GmbH
LEAN Extrusions GmbH
lebronze alloys Germany GmbH
lebronze alloys Germany GmbH – Hundt & Weber
Lehmann & Lehmann KG
Leichtmetall Andreas Rittel GmbH
Leichtmetallgießerei Bad Langensalza GmbH
Leichtmetallgießerei Deißlingen GmbH
LempHirz GmbH & Co. KG
LIBER d.o.o.
Lichtgitter GmbH
Limbacher Verzinkerei GmbH
Linhardt & Co. GmbH Metallwarenfabrik
Linhardt GmbH & Co. KG Metallwarenfabrik
Linhardt Pausa Metallwarenfabrik GmbH
LKR Leichtmetallkompetenzzentrum Ranshofen GmbH
Ludwig Gutter & Sohn GmbH & Co. KG
M. Fleischer OHG
Magma Gießereitechnologie GmbH
MAGNA Powertrain AG & Co. KG
Mahle Industriemotoren-Komponenten GmbH
Main-Metall Tribologie GmbH
Makin Metal Powders Ltd.
Martinswerk GmbH
Materion Brush GmbH
Matthies-Druckguss GmbH & Co. KG
Mecklenburger Metallguß GmbH
Meindl Verzinkerei GmbH
Mepura Metallpulver Gesellschaft m.b.H.
Messingwerk Plettenberg Herfeld GmbH & Co. KG
Metall- Druck- und Spritzguß Abele GmbH & Co. KG
Metallgießerei Chemnitz GmbH
Metallgießerei Franz Dussler GmbH
Metallgießerei Gablenz GmbH
Metallgießerei Gutschera GmbH
Metallgießerei Heinz Brückner
Metallgießerei Karl Scherb GmbH
Metallgießerei Pößneck
Metallgießerei Ralf Mewes GmbH
Metallgießerei Schüle GmbH
Metallgießerei Wilhelm Funke GmbH & Co.
Metallgießerei Wilhelm Schmidt GmbH
Metallguß Sulingen GmbH
Metallhütte Hoppecke GmbH & Co. KG
Metallschmelzwerk Ulm GmbH
METALLUM Services AG
Metallwerk Dinslaken GmbH & Co. KG
Metallwerk Franz Kleinken GmbH
METTEC GUSS Metallgießerei und Formenbau GmbH
metzelaers Feuerverzinkerei e. K.
MGG Netherlands B. V.
MGH GussTec GmbH & Co. KG
MGM Metallgießerei Mannheim GmbH
Miguss Peter Mies GmbH
Mittelrheinische Metallgießerei H. Beyer GmbH & Co. KG
MKB Metallguss GmbH
MKM Mansfelder Kupfer und Messing GmbH
Moneva GmbH + Co. KG
Morgan Advanced Materials
MOTOR JIKOV Slévárna a.s.
MSC Metallschleiferei und Bearbeitungs GmbH
Metallschmelzwerk Ulm GmbH
Muldenhütten Recycling und Umwelttechnik GmbH
MWK Renningen GmbH
MWS Aluguss GmbH
MWS Casting s.r.o.
MWS Friedrichshafen GmbH
MWS Garching GmbH
ND PressTec GmbH
Nedal Aluminium B.V.
Nemak Dillingen Casting GmbH & Co. KG
Nemak Linz GmbH
NEMAK Wernigerode GmbH
Neuman Aluminium Austria GmbH
NGK Deutsche Berylco GmbH
Nickelhütte Aue GmbH
Niedax GmbH & Co. KG
NIMEX NE-METALL GmbH
NORDALU GMBH
Nordenhamer Zinkhütte GmbH
NORZINCO GmbH Harzer Zinkoxide
Novelis Deutschland GmbH
NOVELIS PAE
Nussbaum Frankenberg GmbH
Nussbaum Rielasingen GmbH
Oberflächenzentrum Leipzig GmbH
OBO BETTERMANN GmbH & Co. KG
Oetinger Aluminium WH GmbH
Ohm & Häner Metallwerk GmbH & Co. KG
Oskar Ketterer Druckgießerei GmbH
Oskar Sure GmbH & Co. KG
OTTO FUCHS Dülken GmbH & Co. KG
OTTO FUCHS KG
Otto Lehmann GmbH
Oventrop GmbH & Co. KG
Petit &. Gebr. Edelbrock GmbH & Co. KG
Petri & Wilke Metallgießerei GmbH
Petrofer – Chemie H.-R. Fischer GmbH + Co. KG
Pfefferkorn GmbH & Co. Metallgießerei und Systeme KG
Pfingsten Feuerverzinkung GmbH & Co. KG
PIAD Piel & Adey GmbH & Co. KG
Plattenhardt KG
POMETON S.p.A.
Postel Druckguß GmbH
Poudres Hermillon
Power-Cast Ortmann GmbH & Co. KG
Power-Cast Vobra GmbH & Co. KG
Power-Cast Zitzmann GmbH & Co. KG
PPM Pure Metals GmbH
Pressmetall Gunzenhausen GmbH
PRESSOFUSIONE SACCENSE S.r.l.
PROBAU Komponenten und Verfahren GmbH
ProfilGruppen GmbH
Pyrotek Engineering Materials Ltd.
QUAPROTEK GmbH
Rauleder & Rudolf GmbH
Real Alloy Germany GmbH
RECYLEX GmbH
Regensburger Druckgußwerk Wolf GmbH
RENA Castings BV
Rendsburger Feuerverzinkerei GmbH
Rexam Beverage Can Berlin GmbH
Rexam Beverage Can Recklinghausen GmbH
RHEINFELDEN ALLOYS GmbH & Co. KG
RHEINFELDEN SEMIS GmbH & Co. KG
Rheinzink GmbH & Co. KG
Rietbergwerke GmbH & Co. KG
Ritter Leichtmetallguss GmbH
Robert Bosch GmbH
RONDAL d.o.o.
Rubitech Group BV
Rudolf Ambruch Fassadenpflege GmbH
Saar-Metallwerke GmbH
Sächsische Druckguss GmbH
SahinMetal Imalat Sanayi vew Tic. A.S.
Sapa Extrusion Deutschland GmbH
Sapa Aluminium Profile GmbH
Sapa BuildEx Bellenberg GbmH
Sapa Extrusion Deutschland GmbH
Sapa Extrusion Nenzing GmbH
Sapa Heat Transfer AB
Sapa Profiles UK Ltd
SC Alba Aluminiu SRL
Schindler Fahrtreppen International GmbH
Schlenk Metallfolien GmbH & Co. KG
Schlenk Metallic Pigments GmbH
schmid alutec gmbh & co. kg
Schneider Prototyping GmbH
ScholzAlu Stockach GmbH
ScholzAlu Trading GmbH
Schött-Druckguss GmbH
Schweizer & Weichand GmbH
Schwermetall Halbzeugwerk GmbH & Co. KG
Seppeler Holding und Verwaltungs GmbH & Co. KG
Siegfried Jacob Metallwerke GmbH & Co. KG
Siempelkamp Giesserei GmbH
Silberline Ltd. Banbeath Road
SM Sächsisches Metallwerk Freiberg GmbH
Special Metals Deutschland ltd.
Speedline Aluminium Giesserei GmbH
Stahlwerk Stahlschmidt GmbH
Standard-Metallwerke GmbH
STENA Aluminium AB
STEP-G ST Extruded Products Germany GmbH
Strojmetal Aluminium Forging GmbH
Struve Metall GmbH & Co. KG
Sudamin Rohstoff GmbH
Sundwiger Messingwerk GmbH & Co. KG
TA Heimeier GmbH
TAKATA AG
TALUM d. d. KIDRICEVO
TCG UNITEC GmbH
Teknik Alüminyum San. A.S.
TePro Metall AG
The Coatinc Company Holding GmbH
Thöne Metallwaren GmbH & Co. KG
Thoni Alutec sp
ThyssenKrupp Presta AG
Toyal Europe SA
TRIMET Aluminium SE
TRIMET Automotive Sömmerda GmbH & Co. KG
TRIMET HANDEL AG
TUBEX GmbH
Tubex Holding GmbH
TUBEX Wasungen GmbH
VACUCAST Feinguss GmbH & Co. Metall KG
VACUUMSCHMELZE GmbH & Co. KG
VDM Metals GmbH
Verband Deutscher Metallhändler e. V.
Verzinkerei Bühler GmbH
Verzinkerei Dortmund Kaufmann GmbH & Co. KG
Verzinkerei Freudenberg GmbH
Verzinkerei Gabriel & Rakusch GmbH
Verzinkerei Heek GmbH & Co. KG
Verzinkerei Lennestadt GmbH & Co. KG
Verzinkerei März Pulverbeschichtung
Verzinkerei Plauen GmbH & Co. KG
Verzinkerei Rentrop GmbH
Verzinkerei Rheine-Hauenhorst GmbH & Co. KG
Verzinkerei Sahm GmbH
Verzinkerei Schulze GmbH & co. KG
Verzinkerei Sulz GmbH
Verzinkerei Trebbin GmbH
Vesuvius GmbH
Viega GmbH & Co. KG
Vöcklabrucker Metallgießerei Dambauer GmbH
VOIT Automotive GmbH
Volkswagen AG
W.& G.Dicke GmbH
WABCO GmbH
Waldhelm Korrosionsschutz GmbH
Walter Birlenbach GmbH & Co. KG
Walther Meskendahl Eisen- & Metallguß GmbH & Co. KG
Weimann GmbH & Co. Metallverarbeitung KG
WESERALU GmbH & Co. KG
Weser Metall GmbH
Wieland-Werke AG
Wilfried Huthwelker Feuerverzinkerei Dr.-Ing. Rolf Dieter Godesberg e.K.
Wilhelm Helgert GmbH & Co. KG
Wilhelm Schröder GmbH & Co. KG
Willi Pflitsch Metall-Druckgußwerk GmbH
Wirtz GmbH & Co. KG
Wuss-Guss Metallgiesserei GmbH
Wutal Aluminium-Guss GmbH
Walter Wagener GmbH
Zapp Materials Engineering GmbH
ZF Gusstechnologie GmbH
ZIMCO ALUMINIUM CO. (PTY) LTD.
ZinkPower Berlin GmbH & Co. KG
ZinkPower Bernau GmbH & Co. KG
Zinkpower Braunschweig GmbH & Co. KG
ZinkPower Calbe GmbH & Co. KG
ZinkPower Hamburg GmbH & Co. KG
ZinkPower Heinebach GmbH & Co. KG
ZinkPower Hückelhoven GmbH & Co. KG
ZinkPower Krieger GmbH & Co. KG
ZinkPower Lahr GmbH & Co. KG
ZinkPower Meckenheim GmbH & Co. KG
ZinkPower Neumünster GmbH & Co. KG
ZinkPower Radebeul GmbH & Co. KG
ZinkPower Remels GmbH & Co. KG
ZinkPower Rostock GmbH & Co. KG
ZinkPower Schönberg GmbH & Co. KG
ZinkPower Schopsdorf GmbH & Co. KG
ZinkPower Schörg GmbH & Co. KG
ZinkPower Willi Kopf e. K.
ZOLLERN GmbH & Co. KG

Präsidium

Harald Kroener
Wieland-Werke AG
Ulm
Präsident

Rupprecht Kemper
Gebr. Kemper GmbH + Co. KG
Olpe
Vizepräsident

Dr. Hinrich Mählmann
OTTO FUCHS KG
Meinerzhagen
Vizepräsident

Roland Leder
Aleris Rolled Products
Germany GmbH
Koblenz
Schatzmeister

Ulrich Becker
KME Germany GmbH & Co. KG
Osnabrück

Frank Busenbecker
Erbslöh Aluminium GmbH
Velbert

Kjetil M. Ebbesberg
Hydro Aluminium Rolled
Products GmbH
Grevenbroich

Dr. Erwin Flender
Magma Gießereitechnologie GmbH
Aachen

Ulrich Grillo
Grillo-Werke AG
Duisburg

Dr. Martin Iffert
TRIMET Aluminium SE
Hamburg

Stefan Neese
Seppeler Holding und Verwaltungs
GmbH & Co. KG
Rietberg

Geschäftsführung

Franziska Erdle
Hauptgeschäftsführerin
(030) 72 62 07-115
erdle@wvmetalle.de

Dr. Michael Niese
Geschäftsführer, Leiter Europabüro
+32 (2) 5 02 19 88
niese@wvmetalle.de

Dr. Matthias Simon (GDB)
Geschäftsführer
(030) 72 62 07-119
simon@GDB-online.org

Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Sarah Bäumchen
(030) 72 62 07-111
baeumchen@wvmetalle.de
Leiterin Kommunikation und Politik

Rainer Buchholz
(030) 72 62 07-120
buchholz@wvmetalle.de
Kreislaufwirtschaft und
Ressourceneffizienz

Caroline Hentschel
(030) 72 62 07-105
hentschel@wvmetalle.de
Kommunikation

Oliver Eisenberg
(030) 72 62 07-167
eisenberg@GDB-online.org
Konjunktur und Statistik

Melanie Gabriel
(030) 72 62 07-102
gabriel@wvmetalle.de
Projekt Metalle pro Klima

Nima Nader
(030) 72 62 07-102
nader@wvmetalle.de
Klimapolitik, Projekt Metalle pro Klima

Daniel Quantz
(030) 72 62 07-181
quantz@wvmetalle.de
Wasser, Boden, Luft

Sebastian Schiweck
(030) 72 62 07-107
schiweck@wvmetalle.de
Handels- und Rohstoffpolitik,
Verkehrs- und Zollpolitik

Michael Schwaiger
(030) 72 62 07-122
schwaiger@wvmetalle.de
Energiepolitik

Monika Setzermann
(030) 72 62 07-177
setzermann@wvmetalle.de
Steuer- und Finanzpolitik,
Leiterin Interne Dienste

Dorothea Steiger
(030) 72 62 07-138
steiger@wvmetalle.de
Europäische Chemikalienpolitik

Dr. Martin Wieske
(030) 72 62 07-106
wieske@wvmetalle.de
Arbeits- und Gesundheitsschutz

WVMETALLE

www.wvmetalle.de

Das digitale Angebot der WirtschaftsVereinigung Metalle

Der Dachverband der Nichteisen-Metallindustrie informiert aktuell und umfassend aus der täglichen Arbeit. Neben Presseinformationen, Bildmaterial, Zahlen und Fakten sind vielfältige Publikationen über die Wirtschaftsbranche abrufbar. Für Mitgliedsunternehmen stehen im internen Bereich alle Rundschreiben und weiterführende Informationen der Fachbereiche zur Verfügung.

Besuchen Sie uns auch auf

/wvmetalle
/wvmetalle
/wvmetalle
/wvmetalle
/metalleproklimatv

Anschriften

WirtschaftsVereinigung Metalle
Wallstraße 58/59, 10179 Berlin
Telefon (030) 72 62 07-1 00, Fax (030) 72 62 07-1 98

Europabüro
Square Ambiorix 43, 1000 Brüssel, Belgien
Telefon +32 (2) 5 02 19 88, Fax +32 (2) 5 03 35 74

info@wvmetalle.de
www.wvmetalle.de

Metalle pro Klima
Wallstraße 58/59, 10179 Berlin
Telefon (030) 72 62 07-1 02, Fax (030) 72 62 07-1 98

info@metalleproklima.de
www.metalleproklima.de

Impressum

Herausgeber
Franziska Erdle, Hauptgeschäftsführerin
WirtschaftsVereinigung Metalle, Berlin

Konzeption und Gestaltung
KD1 Designagentur

Druck
Mundschenk Druck+Medien Wittenberg

Bildnachweis
Shutterstock / Igor Marx (5)
Aurubis AG (13)
Bernd Westphal (21)
Corbis / Monty Rakusen (10, 24)
Wieland-Werke AG (22)
WVMetalle (15)
WVMetalle / Laurence Chaperon (30, 31)
WVMetalle / Nigel Treblin (14, 19)
Rheinzink (28)

Mitgliedschaften und Kooperationen

Mitglied im **Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)** und im Dachverband der NE-Metallindustrie Europas **EUROMETAUX (EM).** Kooperation im Zusammenschluss der **Energieintensiven Industrien Deutschlands (EID).**

WVMETALLE

670
Unternehmen

111.000
Beschäftigte

47 Mrd. Euro
Umsatz

Wir, die Nichteisen-Metallindustrie
Die WirtschaftsVereinigung Metalle vertritt die wirtschaftspolitischen Anliegen der Nichteisen-Metallindustrie mit 111.646 Beschäftigten in 670 Unternehmen (Stand März 2016). Im Jahre 2015 erwirtschaftete die Branche eine Produktion in Höhe von 8,3 Millionen Tonnen und einen Umsatz in Höhe von 47,8 Milliarden Euro.

15.16 Der Geschäftsbericht der Nichteisen-Metallindustrie